

Context XXI

ISSN 1028-2319 • 35,- ATS • 5,- DEM

Nummer 2/2000

Kundmachung 2

NATIONALER STADEL

Sozialer Nonsens, rassistischer Konsens 4

VON HERIBERT SCHIEDEL

Nationaler Schulterschuß beim Österreich-Gespräch 6

VON FLORIAN MARKL

Militärstrategie 2000 7

Die Kriegsentwürfe von FPÖ und ÖVP

VON ROBERT KOGLER

THEORETISCHES LADEL

Deutscher Arbeitswahn und Antisemitismus II 10

VON KERA NAGEL

Globalisierter Konkurrenzkapitalismus 14

VON MICHAEL HEINRICH

DIE ENDEN DER PARABEL

Mythen und Fakten im Kosovo-Krieg ... 19

VON MARKUS KEMMERLING

Kap der Gewalt 22

Frauenunterdrückung in Südafrika

VON VERONIKA WITTMANN

AUCH IM KABEL

Schlachtfeste 24

Gewalt in Film und Fernsehen

VON CHRISTOPH KAINDEL

Impressum & Offenlegung 3

KUNDMACHUNG

Hiermit wird angeordnet, dass

jeder Nichterwerbstätige* sich bis längstens 30. April 2000 bei der für seinen Bezirk zuständigen Menschenverwertungsstelle zwecks Zuteilung einer seinen Fähigkeiten angemessenen Tätigkeit im Dienste der Bürgergemeinschaft zu melden hat.

Mitzubringen sind:
Meldezettel, Befreiungs-
schein, Sozialversicherungs-

karte, Leumundszeugnis, ein handgeschriebener Lebenslauf in zweifacher Ausfertigung, zwei Passfotos, nicht älter als 3 (in Worten: drei) Monate sowie ATS 320,- Bearbeitungsgebühr.

Die Nichtbeachtung des gegenständlichen Aufrufs wird mit dem sofortigen und totalen Entzuge sämtlicher Bürgerrechte geahndet, und zwar auf der Stelle!

Wien, im April 2000,

Deine von Dir ermächtigte Regierung

Des Bürgers* Freud'

Sei ihm seine Pflicht!

* desgleichen gilt für alle alleinstehenden, alleinerziehenden und nicht mehr mit der Aufzucht von Kindern befassten Frauen, sowie im Allgemeinen für sämtliche Bürgerinnen ohne häusliche Pflichten im weiteren Sinne, deren Einkommen weniger als ATS 300.000,- pro Jahr beträgt.

Liebe Leserin, lieber Leser!

Österreich ist ein normales Land“, so tönt es von rechtsaußen bis zu den Linkspatrioten von SPÖ und Grünen. Zu dieser Normalität gehört offenbar auch die historische Amnesie von Regierungspolitikerinnen. Auf die Erzählung eines NGO-Vertreters, daß auf seiner Heiminsel Rhodos vor dem Zweiten Weltkrieg 2000 Juden lebten, nachher jedoch nur mehr sechs, reagierte die freiheitliche Sozialministerin Sickl mit der Nachfrage, wohin denn der Rest „gegangen“ sei. Es ist kaum vorstellbar, daß solch eine Person in einem der Staaten, die einst von Deutschen und Österreichern überfallen wurden, am nächsten Tag noch ein Regierungsamt bekleidet hätte. Das ist die Normalität in westlichen Demokratien. In Österreich hingegen haben wir es mit der Normalität einer postnationalsozialistischen Gesellschaft zu tun.

In den letzten Heften von **Context XXI** wurde mehrfach auf die Gemeinsamkeiten so-

wohl von der FPÖ und allen anderen Parlamentsparteien als auch von der österreichischen und der resteuropäischen Politik verwiesen. Dennoch gibt es auch Unterschiede. Festmachen lassen sich diese vor allem am Antisemitismus. So sehr der Rassismus und Nationalismus eines Haider jenem von sämtlichen westeuropäischen demokratischen Normalstaatsrassisten und -nationalisten ähnelt, ist doch immer wieder darauf zu verweisen, daß die österreichische Gesellschaft der Zweiten Republik aus dem NS hervorgegangen ist. Und nur in solch einer Gesellschaft kann die mit sämtlichen Motiven des sekundären Antisemitismus arbeitende antisemitische Agitation Haiders und anderer FPÖler in der Form funktionieren, wie wir es seit geraumer Zeit erleben müssen. Nicht zuletzt deshalb geht es im vorliegenden Heft nicht nur um die sozial-, wirtschafts- und kriegspoli-

tischen Vorstellungen der FPÖ-ÖVP-Koalition, sondern auch erneut sowohl um den rassistischen und antisemitischen Konsens der österreichischen Bevölkerung als auch, in Anknüpfung an das Heft 1/2000 von **Context XXI**, um den Versuch einer allgemeinen theoretischen Durchdringung antisemitischer Projektionen.

Anstatt die Konsequenzen daraus zu ziehen, daß jeder Versuch, Österreich zu denken, immer auch heißt, Auschwitz zu denken, spielen sich zahlreiche Linke als wahre Anwälte des Volkes auf. Das Volk ist aber nichts anderes als der sich selbst zum Maßstab aller Dinge setzende nationalistische Mob, der bewußtlose wie fanatische Reflex auf den Zwang zu Staatsloyalität und Kapitalproduktivität. Das scheint viele Demonstrierende jedoch nicht zu stören, und so kann man dann in einigen Flugblättern Aufrufe zum „Widerstand des Volkes gegen den Neoliberalismus“

lesen – eine Formulierung, mit der kaum ein Neonazi Probleme hätte.

Über Neoliberalismus und Globalisierung wird es in nächster Zeit erneut heftige Debatten geben. Ende September findet in Prag die Tagung von Weltbank und IWF statt, wogegen linke Gruppen bereits jetzt mobilisieren. Wir hoffen, mit dem Text von Michael Heinrich über den globalisierten Konkurrenzkapitalismus etwas zu den zu erwartenden Diskussionen beitragen zu können. Im nächsten Heft von **Context XXI** wollen wir die eher theoretisch gehaltenen Ausführungen von Heinrich durch Beiträge zur Diskussion um die Besteuerung von Spekulationsgewinnen ergänzen. Darüber hinaus planen wir für die Doppelnummer 3+4/2000 einen kleinen Schwerpunkt zu „Widerstand“, mit dem wir versuchen wollen, etwas zur grundsätzlichen Reflexion der bisherigen Aktivitäten gegen die blau-braun-schwarze Regierung beizutragen.

STEPHAN GRIGAT
APRIL 2000

Context XXI

Schottengasse 3A/1/59, A-1010 Wien
Telefon ++43-1-535 11 06, Telefax: ++43-1-532 74 16
E-mail: contextXXI@mediaweb.at

Medieninhaber: Bureau N° 2 – Agentur für Kommunikation und Information **Herausgeberin:** Arbeitsgemeinschaft für Wehrdienstverweigerung, Gewaltfreiheit und Flüchtlingsbetreuung **Redaktion:** diE nOt, Manfred Gmeiner, Stephan Grigat (koordinierender Redakteur), Elfriede Hufnagl, Markus Kemmerling, Markus Pinter, Alexander Schürmann-Emanuel (Hereingeber der Internet-Ausgabe) und Robert Zöchling (geschäftsführender Redakteur) **AutorInnen dieser Ausgabe:** Michael Heinrich, Christoph Kaindel, Robert Kogler, Florian Markl,

Kera Nagel, Heribert Schiedel, Veronika Wittmann **Titelgraphik:** diE nOt **Layout:** Kemmerling Zöchling & Partner Medien- und Informationsdienste KEG, Schottengasse 3a/1/4/59, 1010 Wien, Telefon 533 14 27, Telefax 532 74 16 **Hersteller:** Resch & Vana, Rosinagasse 19, 1150 Wien, Telefon 89 32 358, Telefax 89 32 358-4 **Offenlegung:** Der Medieninhaber ist zu 100% Eigentümer, von sonst nichts und sonst niemand; grundlegende Richtung: Kritik, insbesondere Gewalt- und Herrschaftskritik **Abo:** 250,- ATS/Jahr; Förderabo: 700,- ATS/Jahr; Ausland: 350,- ATS/Jahr, Übersee: 450,- ATS/Jahr bitte für die Empfängerin *spesenfrei* überweisen oder bar zusenden. Bitte *keine Vorauszahlungen* – Rechnung abwarten **Mitgliedschaft ARGE WDV:** 500,- ATS/Jahr; ermäßigt: 350,- ATS (inkl. Abo **Context XXI**) **Konto:** 0521-07281/00 bei Creditanstalt-Bankverein (BLZ 11.000) **Context XXI** ist Mitglied der **VAZ** – Vereinigung alternativer Zeitungen und Zeitschriften.

<http://contextXXI.mediaweb.at> • Die nächste gedruckte Ausgabe erscheint am 26. Juni

Sozialer Nonsens, rassistischer Konsens

Die neue Koalition betreibt eine Transformation der Sozialpartnerschaft. KritikerInnen sollten sich dennoch nicht auf die „soziale Frage“ konzentrieren.

VON HERIBERT SCHIEDEL*

Seit dem Wahlerfolg der FPÖ und ihrer Koalitionsvereinbarung mit der ÖVP ist in zahlreichen Artikeln zu Recht auf die Gemeinsamkeiten von sozialdemokratischer und freiheitlicher Politik verwiesen worden. Insbesondere im Bereich der Migrationspolitik liegen diese Gemeinsamkeiten so offen zu Tage, daß der jetzige Versuch der SPÖ, sich als Anwalt der von der FPÖ drangsalierten AusländerInnen aufzuspielen, nur noch lächerlich ist.

Differenzen der Freiheitlichen zur SPÖ bestehen jedoch im Bereich der Organisation des Sozialen. Schon der bisherigen Sozialpartnerschaft war ihr Ursprung in korporatistisch-reaktionären Modellen und in der Volksgemeinschaftsideologie anzusehen. Die sich bereits abzeichnende neue Form der Austragung von Konflikten zwischen Kapital und Arbeit weist jedoch bereits offen faschistische Züge auf. Zunächst soll es der Gewerkschaft, die laut FPÖ „in ihrer bisherigen Form (...) längst ihre Existenzberechtigung verloren (hat)“, ¹ an den Krängen gehen. Die neue Regierung plant, den Gewerkschaften das Recht, auf der Makroebene Löhne auszuhandeln, weitgehend zu entziehen. Statt dessen sollen Lohn- und Arbeitszeitverhandlungen in den jeweiligen Betrieben stattfinden. Die Vorstellung vom strengen,

aber gerechten „Unternehmer“, der sich mit seinen ArbeiterInnen ohne störende Gewerkschaften ins Einvernehmen setzt, entstammt der FPÖ-Programmatik und erinnert an die NS-„Betriebsgemeinschaft“. Haider selbst begeisterte sich unlängst im Interview mit dem Organ des Movimento Sociale für den faschistischen Korporatismus: Er nennt dort die ständestaatliche Organisation des Sozialen ein „Ziel, das erreicht werden soll“. ² Sein Koalitionspartner wiederum verehrt immer noch den austrofaschistischen Miniführer Dollfuß, der die 1934 etablierte Diktatur ebenfalls ständestaatlich verbrämte. Gleich den FaschistInnen halten auch deren Nachkommen die disziplinierende Kraft der Arbeit hoch: Langzeitarbeitslose sollen künftig zu „gemeinnützigen“ Hilfsarbeiten gezwungen werden können.

Die sozialdemokratischen dominierten Gewerkschaften üben sich angesichts des neuen Kurses, der als Umverteilung von unten nach oben und Angriff auf ArbeiterInnenrechte begriffen wird, bereits in Drohgebärden. Hatten sie vorangegangene Einschnitte ins Sozialsystem noch mehr oder weniger stillschweigend hingenommen, geben sie sich nun kämpferisch. Das allorts gefürchtete Ende des sozialen Friedens wirft die Frage auf, was die ÖVP und mit ihr maßgebliche Teile der heimischen

Bourgeoisie beim Einschwenken auf den offenen Konfrontationskurs angetrieben hat. In einer Mischung aus Selbstüberschätzung, Machtrausch und weltanschaulicher Verselbständigung rückten sie vom erfolgreichen Kurs der sozialpartnerschaftlichen und materiellen Integration ab. Das neue Integrationsmodell, in welchem die FPÖ den Part der SPÖ übernimmt, könnte sich aber als nicht minder erfolgreich entpuppen.

Während es die Sozialdemokratie in der fordistischen Blütezeit vermochte, die „kleinen Leute“ vor allem über materielle Transferleistungen an sich und den Staat zu binden, erfolgt die Integration nunmehr in erster Linie ideologisch. Der integrale Nationalismus hat hierbei erfolgreich den Sozialpatriotismus abgelöst. War letzterer noch bestimmt von positiver Identifikation der ÖsterreicherInnen als BürgerInnen eines neutralen, international angesehenen und prosperierenden Staates, so dominiert bei ersterem die aggressive Abgrenzung vom (inneren) Ausland. Unter dem Schlachtruf „Österreich zuerst!“ bildet Haider eine exklusive Gemeinschaft, die sich nunmehr in erster Linie negativ bestimmt. Zentrale Größen hierbei sind – aufbauend auf den jahrhundertalten antisemitischen Traditionsbestand – kollektiver Verfolgungswahn, Bunkermentalität und Rassismus.

Daneben spielt Haider in der neuen Koalition die schon in der Bewegungsphase eingeübte Rolle als „Anwalt der kleinen Leute“ weiter. Anstatt der Sozialdemokratie begleitet nun er den fortgesetzten Sozialabbau mit sozialen Phrasen. Damit die Demago-

*) Heribert Schiedel ist freier Mitarbeiter im Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands.

gie in dieser Inszenierung nicht zu offensichtlich wird, trat Haider formal als FPÖ-Obmann zurück. Dieser spektakuläre Schritt, der von AnhängerInnen und KritikerInnen als letztes Vorspiel zur Kanzlerschaft gesehen wird, erlaubt ihm das Verharren in der Opposition. Den Feldzug gegen „Bonzen“ und „Bürokraten“ wird Haider künftig auch als nationalen Abwehrkampf gegen das Ausland führen. Dementsprechend fiel auch die erste Reaktion Haider auf die EU-Maßnahmen aus: „Diese Bürokraten haben offenbar Angst, dass eine politische Kraft wirksam wird, die sich den Bürgern mehr verbunden fühlt als dem Kartell der Mächtigen.“³

Linke FreundInnen des Volkes

Bereits am 12. November 1999 versammelten sich in Wien tausende um das ökonomische Wohl der Heimat besorgte ExportbürgerInnen, um gegen eine „Koalition mit dem Rassismus“ zu demonstrieren. Gestört wurden sie dabei nur von einer kleinen Gruppe von AntirassistInnen, die etwa eine sozialdemokratische Spitzenfunktionärin mit einem Pfeifkonzert bedachten. Zu Recht: Es waren nämlich gerade SozialdemokratInnen, die mit ihrer Politik als Durchlauferhitzer des Rechtsextremismus agierten. Tatsächlich gibt es kaum einen FPÖ-Vorschlag zur Eindämmung der „Überfremdung“, welcher nicht von der sozialdemokratisch geführten Koalition umgesetzt worden wäre. Das blau-schwarze Migrationsregime unterscheidet sich daher auch kaum vom vorangegangenen und es überrascht keineswegs, wenn Haider über die (ergebnislosen) Koalitionsverhandlungen

mit der SPÖ berichtet, sie hätten eine Übereinstimmung in der „Ausländerfrage“ an den Tag gebracht.

Diese Einigkeit hat ihre Ursache nicht zuletzt in der weitgehend gemeinsamen sozialen Basis der beiden Parteien, den ArbeiterInnen. Diese sind in politischer Hinsicht als Mischung aus Lumpenproletariat und Kleinbürgertum zu qualifizieren. Ihr Überlaufen zur FPÖ, die mit 47% in diesem Segment nun voran liegt, ist in erster Linie mit rassistischen Einstellungen zu erklären.

AntifaschistInnen, die sich immer noch nicht von der Vorstellung des österreichischen Proletariats als potentiell revolutionäres Subjekt verabschiedet haben, müssen sich die überproportionale Zustimmung zur FPÖ unter ArbeiterInnen jedoch irgendwie erklären, ohne daß ihre Liebe zur fehlgeleiteten Klientel Schaden nimmt. Gerne wird hier anstelle des Rassismus die soziale Deprivation als Erklärungsansatz herangezogen. Im Wählen der FPÖ äußere sich nicht vor allem eine Aggression gegen Gruppenfremde, sondern bloß eine „Unzufriedenheit“. Es erscheint als Protest gegen die für den Sozialabbau maßgeblich verantwortliche Sozialdemokratie. Als Gegenstrategie wird dann der Kampf zur Rettung des Wohlfahrtsstaates ausgerufen.

Dieser massenorientierte Flügel der Linken greift wie die rot-grüne Opposition vor allem die Regierung an und schweigt über deren Massenbasis. Hatten die linken VolksfreundInnen schon vorher Schwierigkeiten damit, den Rassismus von unten als solchen zu benennen, gerät er nun vollständig aus dem

Blick. Statt dessen wird demagogisch ein Widerspruch zwischen der Regierung und dem „Volk“ als deren Opfer behauptet. Einige DemonstrantInnen der letzten Tage brachten ihre theoretische Verlotterung auch in Parolen wie „Wir sind das Volk“ zum Ausdruck. Der linke „Widerstand“ gegen die blau-schwarze Regierung, der den Rassismus nur an der politischen Macht bekämpft, versucht vor allem mit Anti-Sozialabbauparolen massenwirksam zu werden. Unversehens findet er sich dabei in einer Front mit den sozialdemokratischen Gewerkschaften, welchen die Rolle als Stütze des institutionellen Rassismus nachgesehen wird. Schließlich treiben einige „WiderstandskämpferInnen“ die Opferrhetorik noch weiter und inszenieren ihr Engagement als Kampf gegen eine Art faschistischer Diktatur. Dabei orientieren sie sich an den Vorbildern aus dem patriotischen Widerstand gegen den Nationalsozialismus, dessen Symbol „O 5“ wieder das Wiener Straßenbild prägt, und verdrängen, dass weniger die Regierung Österreich zum „Nazi-Land“ macht als der massenhafte Antisemitismus und Rassismus. Wenn die Regierung die Kritik mit dem Verweis auf ihre demokratische Legitimität abzuwehren versucht, so kommt sie dabei der Realität näher als jene, die in der Koalition eine Diktatur gegen das Volk sehen. Die Möglichkeit eines „demokratischen Faschismus“, von welchem Michael Scharang schon 1986 sprach, kommt den massenorientierten Linken nicht in den Sinn.

Der auch von ausländischen KritikerInnen dauernd strapazierte „antitotalitäre



Gemeinsamer Nenner von ÖVP und FPÖ? Austrofascist Dollfuß

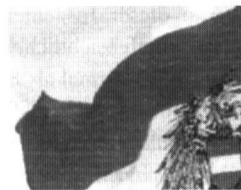
Konsens“ wird seine Wirkungslosigkeit bald offenbaren. Wenn nur der Grad der Frontstellung gegen die liberale Demokratie als Ausgrenzungskriterium genommen wird, gehört die demokratische FPÖ auch am europäischen Parkett bald dazu. Einer offiziellen Problematisierung des Rassismus von FPÖ und Anhang steht die ideologische wie politische Realität Schengen-Europas im Weg. Es wird daher Aufgabe der europäischen Linken sein, die Tatsache, dass die FPÖ den ausgrenzend-repressiven Charakter der „europäischen Wertegemeinschaft“ ohne Phrase verkörpert, gegen die „Festung Europa“ zu wenden. ■

1 *Neue Freie Zeitung* Nr. 6/2000

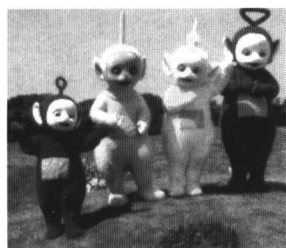
2 *Linea*, 17. 10. 1999

3 *ORF-Mittagsjournal*, 29. 1. 2000

Nationaler Schulterschuß beim Österreich-Gespräch



VON FLORIAN MARKL*



Nachdem das Publikum am 15. März insgesamt rund dreieinhalb Stunden lang das sogenannte „Österreich-Gespräch“ über sich ergehen lassen mußte, zog ORF-Generallintendant Weis ein zufriedenes Resümee. Wenn Österreich in Europa Erfolg haben wolle, müsse es als geeintes Land auftreten, als geschlossene Gemeinschaft des Volkes ohne störende Zwischentöne. Überraschend war dieses Ergebnis nicht, hatte Weis doch gleich zu Beginn klargestellt, worum es gehen sollte: Es sei nicht immer einfach, „zwischen Tatsachen, bloßen Vermutungen und Gerüchten, zwischen Wichtigem und Nebensächlichem zu unterscheiden und Wahres und Falsches auseinanderzuhalten.“ Und weil das alles nicht so einfach sei, war eine große Runde bestehend aus den Spitzen von Politik, Wirtschaft, Medien, Wissenschaften und Religion angetreten, um den angesichts der ach so komplizierten Lage möglicherweise verwirrten ÖsterreicherInnen die richtige Orientierung zu geben. Es wurde ausgiebig die „Tatsache“ erläutert, daß das arme Österreich vollkommen ungerechtfertigterweise Angriffen aus dem EU-Ausland ausgesetzt sei; daß, wer (wie etwa der außenpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion) an Lobreden Haiders für ehemalige Waffen-SSler erinnere, bloß „Vermutungen“ und „Gerüchte“ in die Welt setze und darüber hinaus nur „Vorurteile“ perpetuiere; daß Österreich das „Wichtige“ sei, das es zu verteidigen gelte, wohingegen es sich bei der Angst von SchwarzafrikanerInnen vor rassistischen Übergriffen durch die Polizei bloß um „Nebensächlichkeiten“ handle, für die mensch allerdings keinesfalls die FPÖ verantwortlich machen könne und daß „wir“ uns nur so präsentieren müßten, wie „wir“ sind, während die anderen EU-Staaten schon eine gehörige Portion Selbstkritik aufbieten sollten, um sich von ihren „falschen“, weil unbegründeten, Positionen zu trennen. Damit die gesamte Diskussion auch vom rechten Maß an nationaler Betroffenheit geprägt werden konnte, hatte der ORF Schulklassen eingeladen, die während einer Brüsselreise als Nazis und RassistInnen beschimpft worden waren. Der Auftritt eines Elite-Schülers des Wiener

Theresianums, der schon mit siebzehn Jahren so aussieht, als sei er seit mindestens 30 Jahren beim christlich-konservativen Cartellverband, verfehlte denn auch seine Wirkung nicht. Beinahe kein/e Gesprächsteilnehmer/in ließ die Möglichkeit aus, sich angesichts des „schrecklichen“ Schicksals der Jugendlichen „betroffen“ und „schockiert“ zu zeigen. Tatsächlich wurde die Sendung ihrem Titel voll gerecht. Die sattsam bekannten Reaktionsmuster des nach außen Schlagens und sich ins Recht Setzens seitens der Regierungsparteien und deren Vorfeldorganisationen waren ebenso vertreten wie der „besorgte“ Widerstand des „anderen“ Österreichs. Kanzler Schüssel war um eine Normalisierung des Verhältnisses zu den EU-Staaten bemüht und wußte auch, wie diese erreicht werden könne: Der „erste Schritt (müsse) die Suspendierung, die Aufhebung dieser unfairen und ungerechten Maßnahmen der vierzehn sein.“ Geradezu selbstkritisch zeigte sich dagegen EU-Kommissär Franz Fischler. Unabhängig von der außenpolitischen Situation müßten „wir“ unsere Geschichte aufarbeiten und uns auch mit Fragen auseinandersetzen, die in Österreich gerade bei „den jungen Leuten eine Rolle spielen, wie“ – keine Angst, nicht der Nationalsozialismus – „der Proporz und ähnliches.“ Eine Vertreterin von SOS-Mitmensch machte deutlich, warum auch vom „anderen Österreich“ nichts zu erwarten ist: „Auch Rechtspopulismus ist explosiv. So wie Radioaktivität keine Grenzen kennt, kennt auch Rechtspopulismus keine Grenzen.“ Erschreckend war nicht nur die blödsinnige Analogie, sondern der Umstand, daß dieses Statement von einem Zettel abgelesen wurde und derartiger Unsinn also scheinbar als Resultat eines längeren Nachdenkprozesses zu betrachten ist. Das Herumgezerre um einen „nationalen Schulterschuß“ zwischen allen Parlamentsparteien darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß es diesen bereits gibt. Denn selbst wenn nicht alle TeilnehmerInnen des „Österreich-Gesprächs“ diese Regierung unterstützen, so sind sich doch alle einig, daß mensch gemeinsam das Land verteidigen müsse. Es gibt, wie Kanzler Schüssel es abschließend formulierte, eben doch nur ein Österreich.

*) Florian Markl studiert Politikwissenschaft in Wien

Militärstrategie 2000

Die Kriegsentwürfe von FPÖ und ÖVP

Das Programm der neuen Österreichischen Regierung bietet in den Bereichen Sicherheit und Bundesheer keine großen Überraschungen. Mensch spürt förmlich die Freude, welche die VP-VerhandlerInnen beim Aufsetzen der betreffenden Zeilen überkommen haben muß. Endlich konnte frei heraus formuliert werden, ohne durch einen verfassungsrechtlich etwas verklebten Koalitionspartner gestört zu sein.

Die Abschaffung der Neutralität sowie die Aufrüstung des Landes konnten endlich offen angekündigt werden. Um Mißverständnissen vorzubeugen: Zu den nun angekündigten Änderungen wäre es aller Wahrscheinlichkeit nach auch bei Fortführung der alten Koalition gekommen. Verteidigungsminister a. D. Werner Fasslabend kündigte schon im Dezember 1999, als noch fleißig an einer Neuauflage der SPÖ-ÖVP-Koalition gebastelt wurde, nach dem „Ende der nationalen Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ einen „neuen Weg“ an.¹ Damit war die Neubewertung der österreichischen Interessen, also die Aufhebung der Beschränkung von Sicherheits- und Verteidigungspolitik auf nationalstaatliches Territorium gemeint. Protest seitens der SPÖ blieb aus.

Der Geist der europäischen Solidarität

Die Bedrohungen, die eine Militarisierung notwendig machen, werden nicht genannt.

Statt dessen wird der „Geist der europäischen Solidarität“ beschworen. Durch den Beitritt zu einer „europäischen Friedens-, Sicherheits- und Verteidigungsgemeinschaft“ soll das Bundesheer einen neuen Sinn bekommen. Österreich wird sich für die Schaffung dieser Gemeinschaft „aktiv und solidarisch“ einsetzen. Diese benötigt „effiziente gemeinsame Entscheidungsstrukturen“, „glaubwürdige zivile und militärische Kapazitäten“ und soll durch eine „intensive europäische Kooperation im Bereich der Rüstungsindustrie“ gekennzeichnet sein. Am Rande ist auch von nicht-militärischen Aspekten die Rede, die berücksichtigt werden sollen. Eine genauere Definition bleibt im Regierungsübereinkommen aber aus.

Die Bundesregierung wird sich für eine Beistandsgarantie nach Artikel 5 des NATO-Vertrages einsetzen. Die kollektive Selbstverteidigung, der Schutz des territorialen Bestandes der Mitgliedstaaten, wird allerdings von sekundärer Bedeutung sein. Vielmehr wird es um die Sicherung der Interessen jenseits der Bündnisgrenzen gehen.

Das Neutralitätsgesetz soll so novelliert werden, daß es auf all diese Änderungen keine Anwendung findet, also auch de jure gegenstandslos ist. Auf die de facto Ausschaltung hat Wolfgang Schüssel bereits als Außenminister hingearbeitet. Damit kann auch das Kriegsmaterialgesetz gelockert werden. So sollen die Ein-, Aus-

und Durchfuhr von Waffen zwischen EU-Staaten bewilligungsfrei gestellt und generelle Überfluggenehmigungen (Blockgenehmigungen) möglich werden. Die auch schon bisher kaum eingehaltene Beschränkung auf den Einzelfall würde damit fallen. Außer der Gründung und dem Beitritt zu einem europäischen Militärbündnis soll auch eine Mitgliedschaft in der NATO angestrebt werden. Um für „internationale Solidaritätsleistungen“ und die „Teilnahme am gesamten Spektrum des europäischen Krisenmanagements (Petersberg-Aufgaben)“ gerüstet zu sein, soll das Bundesheer in ein Freiwilligenheer umgewandelt werden.

Auch die „Sicherstellung der materiellen Rahmenbedingungen für das Bundesheer durch schrittweise Anhebung des Verteidigungsbudgets“ soll erreicht werden. Außerdem wird sich „Österreich (...) an der (...) europäischen Rüstungskoordination und den (...) Bemühungen zur Stärkung der industriellen Basis der europäischen Verteidigung in vollem Umfang beteiligen“. Die Westeuropäische Rüstungsgruppe (WEAG), der Österreich „als Vollmitglied beitreten“ wird, ist um die Überwindung der seit Ende des Kalten Krieges herrschenden Krise der europäischen Rüstungsindustrie bemüht. Die Weichen für einen EU-Militärpakt sollen bis zum Ende der französischen Präsidentschaft gestellt sein. Sollte dies nicht eintreten, wird „der Außenminister“ er-

Die österreichische Strategie, mit der EU im Rücken, den Osten zu beglücken, leidet derzeit an den Sanktionen der europäischen Partner.

VON ROBERT KOGLER*



*) Robert Kogler studiert Politikwissenschaft in Wien und war bis vor kurzem parlamentarischer Mitarbeiter des Grünen Parlamentsklubs.

mächtigt, die Sache weiter zu verfolgen. Da die genannten Änderungen im Koalitionspapier nicht als Vorschläge, sondern als Tatsachen formuliert sind, kann davon ausgegangen werden, daß die ebenfalls genannte Volksabstimmung über die Änderung der Sicherheitspolitik ähnlich wie beim EU-Beitritt lediglich eine nachträgliche Absegnung darstellen wird.

Das Tor zum Balkan

Für eine Interpretation der neuen österreichischen Sicherheitspolitik lohnt ein Blick auf die Balkanpolitik Österreichs in den letzten Jahren. Österreich hat als erstes Land schon vor 1991 auf die Unabhängigkeit von Slowenien und Kroatien gedrängt. Bis zum Einschwenken Deutschlands auf diese Linie stand es damit alleine da.² Von diesem Beitrag zum Ausbruch der Kriege im ehemaligen Jugoslawien ist in der österreichischen Südosteuropapolitik eine Kontinuität bis zum neuen Regierungsprogramm abzulesen, deren markante Punkte der EU-Beitritt, Rambouillet und, als Ausdruck der historischen Verantwortung für die Region, Nachbar in Not sind.

Die von Mock und Freuden betriebene Destabilisierung des Balkans war notwendig, um der Sicherheitspolitik neue Perspektiven zu geben. So entstand die „Möglichkeit, daß Österreich politisch, kulturell und ökonomisch verstärkt in den ostmittel- und südosteuropäischen Raum hineinwirkt und dadurch seine vitalen sicherheitspolitischen Interessen – erstmals seit 1955 – aktiv bzw. präventiv in dieser Region zum Tragen bringt“.³ Diese Interessen kann Österreich, ob seiner militärischen Defizite, nicht ohne Unterstützung wahrnehmen. Die

Bundesregierung drängt also darauf, entscheidenden Einfluß in einem Militärbündnis zu erlangen. Dabei gibt es zwei Möglichkeiten, von denen – sicher ist sicher – beide wahrgenommen werden sollen. Es ist festzustellen, daß ein neues europäisches Militärbündnis, so der Tenor des Regierungsprogramms, bessere Möglichkeiten als eine NATO-Mitgliedschaft bietet. Wie das Beispiel Ungarns im Kosovo-Krieg zeigt, haben neue (kleine) Länder in der NATO nicht viel zu melden. Es ist daher unwahrscheinlich, daß dieses Bündnis für die österreichische Politik instrumentalisierbar wäre. Mehr Chancen rechnet sich die Bundesregierung in der europäischen Friedens-, Sicherheits- und Verteidigungsgemeinschaft aus. Hier wäre Österreich von Anfang an dabei und „gleichberechtigt eingebunden“. Die blaueschwarze Koalition erhofft sich durch besondere Eifrigkeit bei der Gründung dieses Bündnisses entsprechenden Einfluß. Militärische Defizite sollen aber nicht nur durch besonderes politisches Engagement ausgeglichen werden. Vielmehr wird die Bundesregierung „alles daran setzen, um die Leistungsfähigkeit des Bundesheeres weiter anzuheben und den Stellenwert in der Gesellschaft zu stärken“.

Das Ende der Neutralität

In Zeiten des Kalten Krieges, als militärische Gewaltausübung in Europa noch ein Tabu darstellte, konnte sich Österreich mit seiner bedingt neutralen Politik einen Namen machen. Seit jedoch Frieden wieder mit der Waffe hergestellt wird, ist Österreichs Rolle als allseits beliebter Friedensstifter gefährdet. Das Dilemma, auf die weltpolitische Ersatzbank verbannt zu wer-

den – also Mitglied im erweiterten Kader EU, aber nicht in der Kampfmannschaft NATO, WEU oder europäische Verteidigungsgemeinschaft zu sein – soll tunlichst vermieden werden. Die Neutralität ist damit obsolet. Sie kann höchstens einer Friedens-, nicht aber einer Hegemonialpolitik dienen. Sie verhindert es, politisch auf allen Ebenen aktiv werden zu können. Das Regierungsprogramm, als neuestes Indiz sicherheitspolitischer Interessen des Landes, geht von folgender Überlegung aus: Nur wenn Österreich auch auf militärischer Ebene aktiv wird, kann es als Tor zum Balkan an der „Neuordnung des Raums“ partizipieren.⁴ Im Idealfall würden in einer Art Monarchie-Revival wieder alle Fäden nach Südosteuropa über Österreich laufen. Verkehrstechnische Infrastrukturprojekte wie Militärbasen, Manöverplätze, Flugplätze und Transitrouten könnten der österreichischen Wirtschaft neue Impulse geben. So wie die USA Lateinamerika als ihren Hinterhof betrachten, könnten Teile des Balkans zu einem Kleingartenverein unter österreichischer (und deutscher) Leitung werden.

Durch die Aufgabe der Neutralität und die damit verbundene Prioritätenverschiebung will sich die Bundesregierung neue Dimensionen für ihre Sicherheitspolitik eröffnen. Neben der militärischen Komponente soll das vor allem „durch vermehrte Zurverfügungstellung von Polizisten für zivile Sicherheitsaufgaben“ geschehen. So hätte Österreich von der Friedensschaffung, über die Friedenssicherung bis zur Normalität kapitalistischer Ausbeutungsverhältnisse immer ein Eisen im Feuer.



- 1 „Zur österreichischen Verteidigungspolitik“, in: ÖMZ, 2/2000, S. 192. Wenn nicht anders angegeben, stammen die zitierten Stellen aus dem Regierungsübereinkommen.
- 2 Vgl. dazu die Beiträge „Jugoslawien und die neue Konkurrenz im Weltmaßstab“ (Context XXI, Nr. 6/99) und „Bombengeschäfte“ (Context XXI, Nr. 1/00)
- 3 Werner Fasslabend 1993, zitiert nach: Gegenstandspunkt, Heft 3/1999, S. 209
- 4 Ebd., S. 213

Der Kosovokrieg hat gezeigt, wie begrenzt der österreichische Einfluß trotz prominenter Beteiligung an den Verhandlungen in Rambouillet außerhalb eines Militärbündnisses ist. Aktive Neutralitätspolitik wurde schon lange nicht mehr betrieben. Die Politik der NATO wurde von österreichischer Seite in ihrer Gesamtheit nie in Frage gestellt. Ein linientreues Österreich war ab dem Bombardement nicht mehr von Belang. Die scheinbar neutrale Rolle des österreichischen Verhandlers Petritsch hatte ihren Zweck erfüllt, die Militärs wieder das Ruder übernommen. Der neutrale Staat, nützlich um die Verhandlungen in Rambouillet als ernsthaften Versuch zur Deeskalation darzustellen, wurde nicht mehr gebraucht.

Die Schlüsse daraus sind im Regierungsprogramm nachzulesen. Wer nicht mitbombt, hat nichts mehr zu melden. Daher tut Aufrüstung not. Die relative Gleichberechtigung, die Österreich gegenüber den anderen westlichen Ländern auf diplomatischer Ebene hat, wird jetzt auf militärischer Ebene angestrebt. Ein vorerst hoffnungsloses Unterfangen. Denn die durchschnittlichen Verteidigungsausgaben der NATO-Staaten liegen bei 3,3 % des BIP. Eine Anhebung auf dieses Niveau würde für Österreich eine Vervierfachung bedeuten. Das ist auch unter der neuen Regierung nicht zu erwarten.

Um sich auch nach Ausbruch von Befriedungsaktionen Einfluß zu verschaffen, wird Österreich auch weiter seine historische Verantwortung für Südosteuropa geltend machen. Um das glaubwürdig tun zu können, wird es um die aktive Beteiligung an Militärinterventionen

nicht herumkommen. Wer nur diplomatisiert, hat bei den Männern für's Grobe nichts zu sagen. Einen gewissen Beitrag muß ein Land schon leisten. Klugerweise hat die Bundesregierung in ihrem Programm auch dafür schon Maßnahmen angekündigt. Mögliche unerwünschte Nebenwirkungen antizipierend, kündigt sie ein „Soldaten-Hilfeleistungsgesetz“ an. Es sieht analog zur Regelung bei Wachbediensteten eine einmalige Entschädigungszahlung von 1,5 Millionen Schilling für „Angehörige von im Rahmen der Dienstausbildung getöteten oder schwer beeinträchtigten Ressortangehörigen“ vor.

Da der Weg zu Militärbündnissen durch die Isolation der Regierung in der EU einstweilen blockiert ist, trifft Österreich andere vorbereitende Maßnahmen zum Ausbau seiner Stellung am Balkan. Zuletzt auf der „Geberkonferenz für Balkan-Krisenländer“ in Brüssel. Es wird wieder auf das bewährte Mittel der Nächstenliebe, also Spenden, gesetzt. Österreich überschlägt sich diesmal in den an sich selbst gestellten Anforderungen. Es tut sich als größter Spender für ein Projekt hervor, das sich dem Umschreiben von Geschichtsbüchern widmet. Einseitige historische Darstellungen sollen korrigiert werden. Ein korrekter Umgang mit der Vergangenheit, der im eigenen Land nicht gelingt, soll also vorerst anderswo erprobt werden.

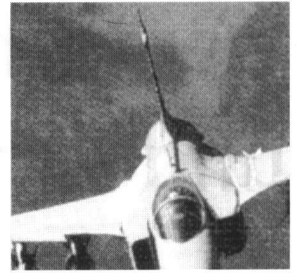
Grenzen der Sicherheitspolitik

Dank der Verbreitung einer entsprechenden Landkarte durch das Büro für Wehrpolitik des Verteidigungsministeriums haben die Ideen Samuel P. Huntingtons beim

Bundesheer große Bekanntheit erlangt. Huntington geht in seinen fragwürdigen Thesen von einer Trennung der Erde in sieben Zivilisationen aus, entlang derer Konfliktlinien verlaufen. Diese Zivilisationen werden im wesentlichen als Kulturkreise definiert. Österreich liegt demgemäß im „Kulturkreis des Westens“, der sich von Nordamerika bis zu den katholischen Ländern Ostmitteleuropas erstreckt.

Für jene, die dieser Weltanschauung verhaftet sind, stellen UNO und OSZE keine adäquaten Institutionen zur Friedenssicherung mehr dar. Denn sie sind über solche „Bruchlinien“ hinweg organisiert, was „der Entwicklung einer prägnanten institutionellen Identität (...) und eines breiten, sinnvollen Tätigkeitsspektrums wesentliche Hindernisse entgegensetzt“.⁵ Die einzig annehmbare Alternative liegt daher für die Österreichische Offiziersgesellschaft (ÖOG), „Sprachrohr des kleinen aber einflußreichen militärisch-industriellen Komplexes im Lande“,⁶ in westlichen Militärbündnissen. Denn diese sind rein westlich durch die Uniformität der Interessen ihrer Mitglieder (Wertegemeinschaft) gekennzeichnet.

Die kriegspolitischen Entwürfe der Regierung werden durch die Berufung auf die Sicherung der europäischen Werte und des Friedens sowie die Beschwörung eines Geistes europäischer Solidarität legitimiert. Der Glaube an diesen Geist wird der FPÖ-ÖVP-Regierung von ihren europäischen Partnern bis jetzt abgesprochen. Vielleicht ist das auch eine Erklärung dafür, warum es um die neue österreichische Sicherheitspolitik bisher auffällig ruhig geblieben ist. ■



5 Huntington, Samuel P.: *Der Kampf der Kulturen*. München – Wien 1996, S. 204

6 Heidegger, Klaus/ Steyrer, Peter: *Der NATO-Streit in Österreich*. Thaur – Wien – München 1997, S. 185

Deutscher Arbeitswahn und Antisemitismus II

Was unterscheidet das auch in Österreich weitgehend vorherrschende deutsche Arbeitsethos vom britanischen Arbeitsverständnis? Eine Fortsetzung der Gedanken von Ulrike Becker aus Heft 1/2000 von Context XXI.

VON KERA NAGEL*

Der Nationalsozialismus war eine „deutsche Revolution“ mit dem Ziel, eine „arische“ und „judenfreie“ Weltordnung durchzusetzen. Die Vernichtung von „Schacher- und Schmarotzertum“ sollte die „deutsche Arbeit“ und damit die Deutschen befreien. Der exterminatorische Antisemitismus der Deutschen war mit ihrem Arbeitsethos eng verbunden.¹

Ein Wechselverhältnis zwischen Antisemitismus und Arbeit lässt sich allerdings nicht nur für Deutschland konstatieren, sondern für auf der Warenform basierende Gesellschaften im allgemeinen. Zwischen Antisemitismus und Arbeit gibt es im Kapitalismus einen strukturellen Zusammenhang. Der Doppelcharakter der Arbeit prägt eine Gesellschaft, die durch eine konkrete und eine abstrakte Dimension charakterisiert ist. Diese erscheinen als Gegensatz, da ihr wechselseitiges Verhältnis der oberflächlichen Anschauung verborgen bleibt. Die Abspaltung der abstrakten Seite wird in Anknüpfung an den religiös geprägten Antijudaismus „im Juden“ vergegenständlicht. Die Fetischisierung geht dabei über eine Hypostasierung des Geldes in Gestalt „der Juden“ hinaus: „Die Juden“ werden als Personifizierung des Kapitalismus überhaupt angesehen. Die Befreiung von „den Juden“ kann somit als die Befreiung von den negativen

Seiten der Warenvergesellschaftung erscheinen.² Doch warum ging die Vernichtung der europäischen Jüdinnen und Juden gerade von Deutschland aus?

Um einer Erklärung näher zu kommen, warum die Shoah ein deutsches Projekt war, sind vielfältige Spezifika der deutschen Geschichte untersucht worden: Die antisemitisch durchtränkte Geistes- und Kulturgeschichte, die aggressive, verspätete Nationsbildung, die fehlende bürgerliche Revolution und die im vorausseilenden Gehorsam vollzogene Unterordnung der Deutschen unter Vater Staat. Nimmt mensch die Losung „Arbeit macht frei“ ernst, so ist anzunehmen, dass zu den hervorzuhebenden deutschen Spezifika auch ein besonderes Arbeitsverständnis der Deutschen gezählt werden muss.

In der letzten Ausgabe von Context XXI hat Ulrike Becker in ihrem Artikel mit historischen Beispielen verdeutlicht, dass „deutsche Arbeit“ in einer langen Tradition in Abgrenzung von „jüdischer (Nicht-)Arbeit“ konzipiert war. Die Entwicklung des deutschen Arbeitswahns lässt sich jedoch nicht nur auf geistesgeschichtlicher Ebene nachzeichnen, sondern auch auf der Ebene der Produktionspraxis. So spielte bei der Herausbildung des deutschen Arbeitsethos auch die Erfahrung, die während der Industrialisierung in den

Betrieben gemacht wurde, eine wichtige Rolle. Anhand der Praxis in den Betrieben lässt sich ein spezifisch deutsches Verständnis von Lohnarbeit aufzeigen. Detaillierte Erkenntnisse darüber hat der US-amerikanische Soziologe Richard Biernacki in einer kulturhistorischen Studie gewonnen.

Biernacki vergleicht in seiner Studie „The Fabrication of Labor“³ die britische mit der deutschen⁴ Entwicklung des Produktionsbereiches der Wollindustrie sowie die Sichtweise von „Arbeit als Ware“⁵ Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg. Er verdeutlicht dabei, dass sich diesbezüglich ein britisches Konzept von einem deutschen unterscheiden lässt und untersucht historische Gründe für die unterschiedliche Entwicklung.⁶ Unter einem Konzept versteht Biernacki dabei sowohl die Ausformung der Produktionspraxis als auch die gesellschaftlich übliche Sichtweise von „Arbeit als Ware“. Biernacki selbst untersucht nicht den Zusammenhang zwischen den Konzepten und der Ausprägung des Antisemitismus, doch zeigt seine Studie vielfältige Indizien dafür auf, wie sich in Deutschland auch über die Form der Praxis in den Betrieben ein besonderes Arbeitsethos durchsetzte, dessen Bezug zum Antisemitismus förmlich auf der Hand liegt.

Arbeitskraft- und Produktfixierung

Als Forschungsgegenstand hat Biernacki britische und deutsche Wollverarbeitungsanlagen gewählt, da die wirtschaftlichen und technischen Unterschiede in dieser Branche zu Beginn der Industrialisierung in beiden Ländern

*) Kera Nagel lebt und arbeitet in Hamburg.

gering waren. Trotz vergleichbarer Ausgangslage stellt Biernacki bei den Wollwebereien in Britannien und Deutschland entscheidende Unterschiede fest, die das Konzept von „Arbeit als Ware“ betreffen. Anhand vielfältiger Beispiele arbeitet er als wesentliche nationale Differenz heraus, dass in Britannien das Produkt, in dem sich die Arbeit materialisiert hat, im Mittelpunkt stand, in Deutschland demgegenüber die Arbeitsrätigkeit sowie der Herstellungsprozess.

So gab es beispielsweise bei der Zuteilung der ArbeiterInnen zu den Webstühlen signifikante Unterschiede. In Britannien durften die ArbeiterInnen die Verteilung häufig selber regeln und im Krankheitsfalle ohne Erlaubnis andere Personen an ihrem Webstuhl arbeiten lassen, für die sie rechtlich die SubunternehmerInnen darstellten. Im Mittelpunkt stand das Produkt, das laut Vertrag fertiggestellt werden musste, unabhängig von der konkreten Produzentin.

In Deutschland wurden die ArbeiterInnen den Webstühlen zugeteilt und mussten für selbstorganisierte Vertretungen die Erlaubnis der Arbeitgeber einholen. Darüber hinaus hielten Unternehmer in Deutschland teilweise Ersatzarbeitskräfte bereit: betriebsinterne „Springer“ für Krankheitsfälle.

Britische ArbeiterInnen verstanden sich dementsprechend im Gegensatz zu ihren deutschen KollegInnen stärker als SubunternehmerInnen, was auch am Sprachgebrauch bezüglich der Erwerbslosigkeit und der Erwerbsuche deutlich wurde. In Britannien wurden Ausdrücke verwendet, die ihre Verbindung zu einem mögli-

chen Arbeitgeber in erster Linie über eine Maschine kennzeichneten. So benutzten arbeitssuchende WeberInnen den Ausdruck „nach neuen Webstühlen Ausschau halten“ („looking for a new pair of looms“). Bei Erwerbslosigkeit sprachen sie davon, „einen Webstuhl verloren“ zu haben („lacked a loom“), wohingegen deutsche WeberInnen erzählten, sie seien „arbeitslos“. In Deutschland betonten erwerbslose Weber, dass sie eine Position als „Gefolgsmann“ suchten und fragten, wenn sie auf Arbeitsplatzsuche gingen, nach einer „Stelle“.

Bei dem Status des/der Quasi-Subunternehmers/in, den britische WeberInnen betonten, handelte es sich nicht nur um die Selbstwahrnehmung, sondern auch um die rechtliche Stellung. Die Eigenverantwortlichkeit auf der Produktionsebene war in Britannien stärker ausgeprägt, bezog sich allerdings auf vom Unternehmer strikt begrenzte Bereiche.

Bei den britischen WeberInnen wurde die partielle Selbstständigkeit betont, in Deutschland hingegen die Unterordnung und Abhängigkeit. Die Vermutung liegt nahe, dass sich in Deutschland darüber auch die Haltung verschärfte, die Hierarchien fordert und nach einem Führer schreit.

In Deutschland sprach man von „Saal- oder Webmeistern“ und von „Vorarbeitern“, wohingegen in Britannien trotz gleicher Stellung in der Betriebshierarchie mit „operative“, „tuner“ oder „tackler“ auf das Werkzeug Bezug genommen wurde. Aber nicht nur im Sprachgebrauch, sondern auch bei der Interpretation der Arbeitsverträge von Auf-

seherInnen wurde in Deutschland die Autorität, die an sie delegiert wurde, betont. Selbst jene AufseherInnen, deren Position weit unten in der Firmenhierarchie angesiedelt war, galten als „Agenten der Unternehmer“ und konnten im Gegensatz zu den WeberInnen wegen unloyalem Verhalten gegenüber den Fabrikbesitzern fristlos gekündigt werden. Auch verhängten AufseherInnen in Deutschland nicht nur, wie in Britannien, Bußgelder für verminderten Einsatz der Arbeitskapazität wie zum Beispiel für Ausdem-Fenster-gucken, sondern auch für Missachtung ihrer Autorität, wenn ein/e Weber/in beispielsweise seine Mütze zum Gruß nicht abgenommen hatte. Autoritätshörigkeit wurde in Deutschland auch über die Form der Arbeitsorganisation in den Betrieben hergestellt.

Darüber hinaus lässt sich anhand eines weiteren Beispiels für deutsche WeberInnen eine stärkere Abspaltung von der Zirkulationsphäre aufzeigen. Um bei der Stückpreisbezahlung nicht nur eine hohe Quantität, sondern auch eine adäquate Qualität der Ware zu erreichen, führten die Arbeitgeber in der Wollindustrie sowohl in Britannien als auch in Deutschland Bußgelder für defekte Produkte ein. In Britannien mussten ArbeiterInnen jedoch nicht nur Bußgelder für Produkte bezahlen, deren Fehlerhaftigkeit noch in der Fabrik festgestellt worden war. Zusätzlich wurde meist rückwirkend ein Strafgeld für Waren fällig, die sich erst auf dem Markt aufgrund von Fehlern als nur billiger oder gar nicht verkaufbar erwiesen. War ein firmeninterner Produktinspek-

- 1 vgl. Matthias Küntzel u. a.: *Goldbagen und die deutsche Linke*. Berlin 1997. *Ich danke dem Kreis um die AutorInnengruppe für den Diskussionsprozess.*
- 2 vgl. Moïse Postone: *Nationalsozialismus und Antisemitismus. Ein theoretischer Versuch*. in: *Kritik & Krise*, Nr.4/5, 1991
- 3 Richard Biernacki: *The Fabrication of Labor. Germany and Britain, 1640-1914*. Berkeley – Los Angeles – London 1995.
- 4 Zwecks Vereinfachung des Sprachgebrauches benutze ich wie Biernacki die Bezeichnung Britannien und Deutschland unabhängig von der genauen historischen Entwicklung der einzelnen Staatsgebilde.
- 5 Biernacki benutzt nicht systematisch die von Marx entwickelte Begrifflichkeit und spricht hier nicht von der Ware Arbeitskraft, sondern von „labor as a commodity“.
- 6 Die von Biernacki getroffene Verallgemeinerung seiner Untersuchungsergebnisse zu einem nationalen Konzept erscheint plausibel, bedürfte jedoch noch genauerer Untersuchungen.



Tor des ehemaligen
Konzentrationslagers
Sachsenhausen

tor nicht sicher, ob sich eine leicht fehlerhafte Ware ohne Verlust auf dem Markt verkaufen lassen würde, wurde der Lohn dafür bis zur Entscheidung auf dem Markt zurückgehalten. Der Markt galt so als „Richter“ über den Preis des Arbeitsproduktes. Dies führte dazu, dass sogar gelegentlich ArbeiterInnen vorher bezahlte Bußgelder zurückerstattet bekamen, wenn die Ware sich auf dem Markt doch ohne Einbuße verkauft hatte.

In Deutschland wurden, wenn während des Herstellungsprozesses innerhalb des Betriebes keine Mängel entdeckt worden waren, auch dann keine Bußgelder verhängt, wenn später außerhalb des Betriebes Mängel festgestellt wurden. Der Markt hatte keine direkte Relevanz für die Bußgeldverhängung. Darüber hinaus wurden die innerbetrieblich festgelegten Straf gelder in Deutschland meist an Wohlfahrtsorganisationen gespendet. Sie galten als Disziplinierungsmaßnahme und dienten nicht dem direkten Ausgleich für einen Verlust auf dem Markt. Manchmal wurde die Peitsche mit dem Zuckerbrot getauscht und anstelle eines Bestrafungsgeldes ein Bonus für die Produktion tadelloser Ware eingeführt. Die Arbeitstätigkeit stand im Mittelpunkt und wurde in keinem direkten Zusammenhang mit dem Tausch auf dem Markt gebracht. So verweist beispielsweise auch der Ausdruck „Qualitätsarbeit“ auf den Stellenwert der Arbeitstätigkeit für die Herstellung eines den deutschen Maßstäben entsprechenden Produkts. Sie identifizierten sich verstärkt mit der Sphäre der Produktion, dem „schaffenden Kapital“, dem

das „raffende“ entgegengesetzt wurde. Auch das im Beispiel angedeutete abgekoppelte Verhältnis der deutschen WeberInnen zum Markgeschehen mag mit dazu beigetragen haben, dass sie dieses besonders stark als fremd und mysteriös wahrgenommen haben.

Biernackis Studie ist reich an Material: Er untersucht beispielsweise auch die Methoden der Messungen beim Weben, das Buchhaltungssystem, die im Betrieb getragene Kleidung, die Architektur der Fabriken, die zeitliche Gliederung des Herstellungsprozesses. Er zeigt, dass in Britannien das fertiggestellte Produkt von großer Bedeutung war, in Deutschland jedoch den konkreten Handlungen im Herstellungsprozess mehr Aufmerksamkeit gewidmet wurde. Vermutlich steht damit der Tätigkeitskult der Deutschen in Zusammenhang. Ein beständiges „Schaffen“, dem eine als „fremd“ und „gefährlich“ empfundene abstrakte Sphäre gegenüberstand, für das „die Juden“ standen: „Jüdische (Nicht-)Arbeit“ repräsentierte somit den Gegenpol zur „deutschen Arbeit“.

Feudal statt liberal

Es sollte deutlich geworden sein, dass sich in Deutschland und Britannien bis zum Ersten Weltkrieg⁷ zwei sehr unterschiedliche Konzepte von „Arbeit als Ware“ entwickelt haben. In Britannien stand das Produkt im Zentrum, in Deutschland hatte sich demgegenüber ein Konzept von „Arbeit als Ware“ ausgeprägt, das sich auf die Arbeitstätigkeit konzentrierte, und die Hierarchie auf der Produktionsebene betonte. Diese national diffe-

rierenden Konzepte wurden in den Betrieben über die Arbeitsorganisation und die Alltagspraktiken der Menschen in der Produktion sowie über den gesellschaftlich üblichen Sprachgebrauch vermittelt und reproduziert. Die national unterschiedlichen Sichtweisen bezüglich Arbeit wurden dabei Biernacki zufolge tiefgreifender über die Produktionspraxis vermittelt als über verbale Kommunikation.

Die Erfahrungen auf der Produktionsebene bildeten seiner Auffassung nach auch die Grundlage dafür, wie die ArbeiterInnen ihre gesellschaftlichen Beziehungen kritisierten und versuchten, diese zu verändern. So stand neben dem Kampf um Lohnerhöhung für die britische ArbeiterInnenbewegung der Tausch der Produkte auf dem Markt im Mittelpunkt ihrer Auseinandersetzung, während in Deutschland der Herstellungsprozess und die eigene Rolle darin betont wurden. Die Deutschen identifizierten sich viel stärker als ihre britischen KollegInnen mit der Produktionsebene und der Arbeitstätigkeit, dem „schaffenden Kapital“, was vermutlich die dem Kapitalismus immanente Abspaltung des Abstrakten vom Konkreten überdimensional verstärkt hat.

Um die Entstehung der unterschiedlichen Konzepte von „Arbeit als Ware“ in Britannien und Deutschland zu erklären, untersucht Biernacki, ob die Entwicklung eines Marktes für Arbeitskräfte zeitgleich mit der eines Marktes für Güter stattfand und wie die Auflösung der feudalen Landwirtschaft sowie der Kontrolle der Gilden über das städtische Handwerk dazu in Beziehung standen.

7 Inwieweit diese Konzepte von „Arbeit als Ware“ auch über den Untersuchungszeitraum hinaus nachweisbar sind, müsste noch durch weitere empirische Studien gezeigt werden.

Er stellt fest, dass in Britannien der Gütermarkt im Vergleich mit dem Markt der Lohnarbeit frühzeitig relativ restriktionsfrei war. Erst in der Mitte des 19. Jahrhunderts wurden die meisten gesetzlichen Bindungen der Löhne aufgehoben. Der Markt der Ware Arbeitskraft wurde in Britannien somit später und langsamer liberalisiert als der Markt der Arbeitsprodukte. Das entstehende Konzept von „Arbeit als Ware“ orientierte sich dann an dem schon vorher durchgesetzten Konzept für Handelsgüter. Es entwickelte sich darüber hinaus ohne Bezug zur schon lange aufgelösten feudalen Landwirtschaft. Auch die Gilden übten keinen nennenswerten Einfluss auf das britische Konzept von „Arbeit als Ware“ aus. So stand in Britannien eine liberale Auffassung im Vordergrund, in Deutschland demgegenüber eine feudale.

In den deutschen Staaten fand im Unterschied zu Britannien die Befreiung von Handelsrestriktionen für gefertigte Produkte gleichzeitig mit der Entstehung eines formal freien Marktes für Arbeitskräfte statt, allerdings ohne dass der Einfluss der Gilden beseitigt worden war. Zwar verboten in Preußen die Erlasse der Regierung 1810/11 quasi über Nacht die korporativen Regulationen des Handels, aber ohne die Gilden selbst aufzulösen. So behielten die Gilden viele Funktionen. Sie waren beispielsweise in Preußen weiterhin für die Auszubildenden und Meisterprüfungen zuständig und hatten in anderen deutschen Staaten sogar noch weitreichenderen Einfluss. Die städtischen Handwerker verstanden sich

dabei als Gegner der Entwicklung eines formal freien Marktes, kämpften gegen die Marktliberalisierung und lieferten in Deutschland somit nicht den Kontext für die Entwicklung des Marktdenkens. Es entstand in Deutschland eine einzigartige Mischform aus formal freiem Handel und korporativer Regulation.

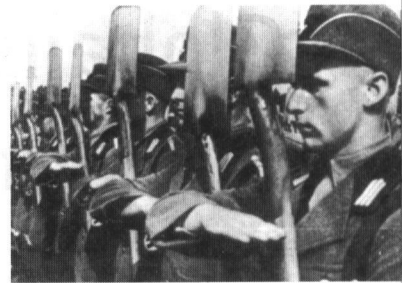
Dazu kommt der Einfluss der feudalen Landwirtschaft. In Britannien waren der Lehenbesitz und feudale Zwangsarbeit bereits abgeschafft, bevor die Regierung die staatliche Regulation der Löhne aufhob. In den deutschen Staaten existierte dagegen die feudale Zwangsarbeit, wenn auch in unterschiedlichem Maße, in der Landwirtschaft weiter, während Beschäftigungsfreiheit und die formal freie Aus handlung von Arbeitsverträgen in den Betrieben bereits durchgesetzt war. Die feudale Sichtweise prägte aufgrund der Fortexistenz der feudalen Zwangsarbeit das sich entwickelnde Konzept von „Arbeit als Ware“ in Deutschland maßgeblich. Deutsche LohnarbeiterInnen identifizierten sich mit der konkreten Arbeitstätigkeit in einer stark hierarchisch gegliederten Betriebsgemeinschaft und verstanden sich selbst wohl kaum als handelnde Marktsubjekte. Die ohnmächtige, rebellische Ablehnung der Zirkulationsphäre steht damit in Zusammenhang.

Britische WeberInnen nahmen sich selbst verstärkt als Subjekte war, die, wenn auch über den Unternehmer vermittelt, ihre Produkte zu Märkte tragen. Auch wenn Ungerechtigkeiten beim Tausch der Waren zu Arbeitskämpfen führten, gli-

chen diese nicht, wie bei deutschen LohnarbeiterInnen, einer ohnmächtigen Rebellion gegen die Mystik des Marktes.

Biernackis Studie kann somit auch als Hinweis gelesen werden, warum die ArbeiterInnenbewegung in Deutschland besonders antisemitisch geprägt war. Die gehorsame Einordnung in die Betriebs hierarchie sowie die direkte Identifizierung der deutschen ArbeiterInnen mit dem „schaffenden Kapital“ hat vermutlich zu einer aggressiveren Ablehnung der abstrakten Dimension beigetragen und das gesamtgesellschaftliche Klima verschärft: Ein durch einen rebellischen Antisemitismus geprägtes Klima, in dem das revolutionäre Bestreben unter der Losung „Arbeit macht frei“ umgesetzt wurde.

Die Vermutung liegt nahe, dass über eine Verschärfung des „antikapitalistischen Reflexes“ hinaus die Identifikation mit „deutscher Arbeit“ auch zu den von Deutschen im Nationalsozialismus gewählten konkreten Formen des Quälens und Tötens mit beigetragen hat: dem Zwang der Jüdinnen und Juden zu offensichtlich gänzlich unproduktiver Arbeit.⁸ Ohne damit Auschwitz erklären zu wollen, möchte ich behaupten, dass in Auschwitz und der Losung „Arbeit macht frei“ die „deutsche Arbeit“ ihre brutalste und zynischste Form gezeigt hat: Es war ein revolutionärer Versuch der Deutschen, sich über die Tätigkeit der Vernichtung von der abstrakten Dimension des Kapitalismus zu „befreien“. Der deutsche Tätigkeitskult, arbeiten um zu arbeiten, suchte seine Vollen dung in der Vernichtung um der Vernichtung Willen. ■



Angehörige des Reichsarbeitsdienstes beim Appell auf dem Reichsparteitag der NSDAP 1934 in Nürnberg

8 Bei Goldhagen finden sich viele Beispiele für diese Form des Quälens. Vgl. Daniel J. Goldhagen: *Hitlers willige Vollstrecker. Ganz normale Deutsche und der Holocaust*. Berlin 1996.

Globalisierter Konkurrenzkapitalismus

Was zeichnet die aktuelle Entwicklung von Geld, Kredit und Krise aus? Und was kann die Marxsche Kritik der politischen Ökonomie zur Erklärung der Globalisierung beitragen?

VON MICHAEL HEINRICH*

In der Rückschau betrachtet, scheinen die 90er Jahre das Jahrzehnt der Geld- und Währungskrisen gewesen zu sein. Die Pfundkrise brachte nicht nur das Europäische Währungssystem zum Beinahe-Einsturz, sie verhalf auch dem Spekulant Georges Soros zu Milliarden Gewinnen, Geld mit dem die Soros-Stiftung den Menschen in Osteuropa nun die Grundwerte von Demokratie und Kapitalismus nahe bringt. Die Asienkrise, ausgelöst vom Kurssturz des thailändischen Baht, nahm den ostasiatischen „Tigern“ den Nimbus des unaufhaltsamen Aufstiegs und ermöglichte den westlichen Konzernen anschließend den billigen Einstieg in deren Ökonomie. Für Währungskrisen waren in den 90ern auch Brasilien und Rußland gut. Und seit Anfang des Jahrzehnts boomen scheinbar unaufhörlich die Aktienmärkte, obgleich immer wieder vor dem ganz großen Crash gewarnt wird, der nicht nur die Aktienmärkte, sondern auch ganze Volkswirtschaften mit in den Abgrund reißen soll.

Marx und die Neoklassik

Zur Entwicklung der Finanzmärkte und ihrer Krisen hat die herrschende ökonomische Theorie, die Neoklassik, auffallend wenig zu sagen. Die theoretisch orientierten Beiträge bleiben dürftig, da von einer strikten Trennung von „Realsphäre“ (dort wird produziert, wer-

den Grenzerträge gegeneinander abgewogen etc.) und „Geldsphäre“ ausgegangen wird. Geld erscheint in dieser Perspektive bloß als ein praktisches Rechenmittel, das allenfalls als kurzfristiger Störfaktor in die Realsphäre hineinwirken kann. Das Finanzsystem gilt als bloßer Überbau der eigentlichen, der „realen“ Ökonomie. Die theoretische Leere macht sich dann auch im Schwanken der neoklassisch inspirierten Politikempfehlungen geltend. Galt bis vor wenigen Jahren noch die Entfesselung der Marktkräfte und die möglichst weitgehende Deregulierung des Finanzsystems als Wunderkur gegen sämtliche Krisen, hat sich der Wind inzwischen gedreht. Selbst IWF-Kreise fordern inzwischen wieder eine stärkere Regulierung der Kapitalmärkte, eine verbesserte Bankenaufsicht und anderes.

Der gewachsenen Bedeutung, die die Finanzmärkte in den 90er Jahren erhalten haben, scheint auch die Marxsche Kritik der politischen Ökonomie hilflos gegenüberzustehen. In einer weit verbreiteten „traditionellen“ Lesart spielt in der Marxschen Theorie – ebenso wie in der Neoklassik – das Geld gegenüber der Realsphäre nur eine untergeordnete Rolle. In dieser Lesart, die vor allem den Marxismus der klassischen Arbeiterbewegung dominierte, steht im Vordergrund, was den Wert der Waren be-

stimmt (Arbeit oder Nutzen) und wie sich der Profit des Kapitals erklären läßt: als quasi natürlicher Ertrag des „Produktionsfaktors“ Kapital oder als Resultat von „Ausbeutung“. Indem gezeigt wird, daß der Wert der Waren auf der zu ihrer Produktion notwendigen Arbeitszeit beruht und daß die Arbeiter und Arbeiterinnen im Lohn zwar die Reproduktionskosten der von ihnen verkauften Ware Arbeitskraft, aber eben nur einen Teil des von ihnen produzierten Werts erhalten, sind für diese Lesart der Marxschen Theorie schon die wichtigsten Ergebnisse erreicht. Der unauflösbare Antagonismus von Bourgeoisie und Proletariat ist nachgewiesen. Was die Entwicklungsdynamik des Kapitalismus angeht, so begnügt sich diese Sicht der Dinge damit, den Zwang zu beständiger Produktivkraftsteigerung und Kapitalakkumulation herauszustellen, was immer wieder zu Krisen und schließlich zum Fall der Profitrate führen soll (da relativ zu den Arbeitskräften, die allein den Mehrwert produzieren, immer mehr Kapital für teure Maschinerie benötigt wird, um die Produktivkraft der Arbeit zu steigern). Insbesondere letzteres wurde häufig als Tendenz zu einem ökonomischen Zusammenbruch des Kapitalismus interpretiert.

Obwohl es im Marxschen „Kapital“ genügend Aussagen gibt, die ein solches Kapitalismusbild stützen, geht diese traditionelle Lesart an der Komplexität der Marxschen Wertformanalyse und der Theorie des Warenfetischs vorbei, die dementsprechend auch beide weitgehend ignoriert wur-

*) Michael Heinrich ist Politikwissenschaftler in Berlin und Autor des Buches „Die Wissenschaft vom Wert“, 2. erw. Auflage, Münster, Verlag Westfälisches Dampfboot.

den. Gerade in diesen Abschnitten wird nämlich deutlich, daß es bei der Marx-schen „Arbeitswerttheorie“ nicht darum geht, daß Arbeitsquanten, die allein schon aufgrund der Produktionsbedingungen fix und fertig bestimmt sind, den Wert einer Ware bestimmen, der dann nachträglich bloß noch in einem Geldpreis ausgedrückt wird. Die Pointe der Wertformanalyse, bei der Marx nachzuweisen versucht, daß der Wert eine spezifische Wertform notwendig macht, besteht gerade darin, daß der Warenwert nicht unabhängig oder zeitlich vor der im Austausch stattfindenden Verwandlung von Ware in Geld zu bekommen ist. Insofern kann man davon sprechen, daß es sich bei der Marxschen Arbeitswerttheorie um eine „monetäre“ Werttheorie handelt (im Gegensatz zur „prämonetären“ Arbeitswerttheorie der klassischen politischen Ökonomie oder zur „prämonetären“ Grenznutzentheorie der Neoklassik).¹ Produktion und Zirkulation sind daher ganz anders verschränkt, als es sich die prämonetären Theorien, sowohl der „traditionellen“ Marx-Lesart als auch der bürgerlichen Ökonomie, vorstellen.

Begreift die Marxsche Kritik der politischen Ökonomie Geld somit als weit mehr als nur ein Rechenmittel, so scheint ihr das Verständnis der gegenwärtigen Geld- und Verhältnissverhältnisse aber doch grundsätzlich verstellt zu sein: Marx hebt sowohl bei seiner kategorialen Ableitung des Geldes als auch bei seiner (nur rudimentären) Analyse des Kreditsystems die Notwendigkeit der Existenz einer Geldware hervor. Zwar betont Marx,

daß diese Geldware auf vielfältige Weise substituiert wird, sodaß sie physisch kaum noch auftauchen muß. Allerdings hält er daran fest, daß das Geldsystem die Geldware als eine Art Anker benötigt. Tatsächlich fungierte im 19. und im frühen 20. Jahrhundert das Gold als Geldware. Im Währungssystem von Bretton Woods, das nach dem Zweiten Weltkrieg als internationale Währungsordnung der kapitalistischen Länder eingerichtet wurde, spielte das Gold diese Rolle zwar noch immer formell (über die Goldbindung des amerikanischen Dollars, der seinerseits die Rolle des Weltgeldes einnahm), doch nicht mehr reell. Faktisch spielte die Goldbindung keine Rolle mehr, und mit dem Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems Anfang der 70er Jahre wurde sie auch formell beseitigt. Im gegenwärtigen Geld- und Währungssystem existiert keine Geldware mehr, auch nicht als stillschweigender Bezugspunkt. Wäre die Marxsche Geldtheorie tatsächlich an die Existenz einer Geldware gebunden, dann würde sie nicht Geld im Kapitalismus, sondern lediglich Geld in einer bestimmten Phase des Kapitalismus analysieren. Allerdings läßt sich zeigen, daß (auch entgegen Marx' eigener Auffassung) die Wertformanalyse keineswegs dazu führt, daß die Existenz einer Geldware unterstellt werden muß, die Wertformanalyse kann daher auch für die gegenwärtigen Verhältnisse Gültigkeit beanspruchen.

Mit dem Verhältnis von Ware und Geld wird nur die abstrakte Oberfläche des kapitalistischen Reproduktionszusammenhangs in den

Blick genommen. Die Waren sind jedoch (in ihrer großen Mehrheit) kapitalistisch produziert, und das Geld nimmt (zum größten Teil) die Form des Geldkapitals an, welches vermittelt über das Kreditsystem in die Hände der fungierenden Kapitalisten kommt. So wie die Wertformanalyse deutlich macht, daß Wert und Geld sich eben nicht auf getrennte Sphären reduzieren lassen, zeigt die Analyse des kapitalistischen Gesamtproduktionsprozesses, daß sich keine „reale“ kapitalistische Produktion von einem bloßen „Kreditüberbau“ trennen läßt. Das Finanzsystem ist das eigentliche Steuerungszentrum des kapitalistischen Reproduktionszusammenhangs (nicht im Sinne bewußter Steuerung durch einzelne Finanzmagnaten, sondern einer strukturellen Determinierung).²

Die Verschuldung der Unternehmen, schnell steigende Aktienkurse, scharfe Bewegungen der Zinsrate etc. sind an sich noch keine Anzeichen dafür, daß der Kapitalismus rein ökonomisch (also nach seinen eigenen Kriterien) aus dem Ruder laufen würde – wie es die Rede vom „Kasinkapitalismus“ häufig suggeriert. Auch größere Crashes an Aktien- und Devisenmärkten sind keineswegs Vorboten eines endgültigen „Zusammenbruchs“ (von was auch immer – wie ein endgültiger Zusammenbruch des Kapitalismus eigentlich aussehen soll, darüber schweigen sich dessen Propheten aus). Sie sind vielmehr die „normale“ Durchsetzung des einzigen Zwecks kapitalistischer Produktion: eine höchstmögliche Verwertung des eingesetzten Kapitals zu erreichen. Daß dieser „normale“ Durchsetzungsprozeß



1 Dieser „monetäre“ Charakter der Marxschen Werttheorie wurde der Sache nach bereits in den 20er Jahren von dem russischen Ökonomen Rubin angedeutet (Rubin wurde ein frühes Opfer der Stalinschen „Säuberungen“; seine Texte wurden erst in den 70er Jahren übersetzt, I. I. Rubin: *Studien zur Marxschen Werttheorie*. Frankfurt/M. 1973). Seit Ende der 60er Jahre arbeitete vor allem Hans-Georg Backhaus den monetären Charakter der Marxschen Werttheorie und ihren, die Grenzen der „Fachökonomie“ sprengenden, kritischen Gehalt heraus (seine Aufsätze sind gesammelt in: Hans-Georg Backhaus: *Dialektik der Wertform. Untersuchungen zur marxschen Ökonomiekritik*. Freiburg 1997).

2 Dieser Zusammenhang ist bei Marx zwar ein durchgehendes Thema seit den Grundrissen der Kritik der politischen Ökonomie von 1857/58, wird aber trotz-

„krisenhaft“ vonstatten geht, daß er mit der Verarmung von ganzen Bevölkerungsteilen oder der Verelendung ganzer Regionen erkaufte wird, heißt nicht, daß sein Zweck (Profitmaximierung) verfehlt wurde, es zeigt nur, daß dieser Zweck im Konfliktfall keinen anderen neben sich duldet.

Das Kapital im Kasino?

Die Rede vom „Kasinokapitalismus“ hat aber, insofern sie auf die veränderte Rolle der internationalen Finanzmärkte in den 80er und 90er Jahren hinweist, auch einen realen Kern. Noch bis in die 70er Jahre hinein bildeten die nationalstaatlichen Grenzen (genauer gesagt die Grenzen des Währungsraumes, die normalerweise mit den staatlichen Grenzen zusammenfielen) auch wichtige ökonomische Grenzen für die jeweiligen Kapitale: nicht daß es keine Kapitalbewegungen über diese Grenzen hinweg gegeben hätte, aber sowohl die Bildung einer allgemeinen Zinsrate, zu der sich die Kapitale mit Krediten versorgen konnten, als auch die Bildung der Durchschnittsprofitrate, die für die individuellen Kapitale die Orientierungsmarke ihrer eigenen Verwertung abgibt, erfolgte im wesentlichen innerhalb der Nationalstaaten (zumindest sofern es sich um entwickelte kapitalistische Länder handelte). Nach dem Zusammenbruch des Systems von Bretton Woods und der politisch durchgesetzten Deregulierung der internationalen Finanzmärkte kam es in den 70er und 80er Jahren zur Entstehung eines „monetären Weltmarkts“: fixe Wechselkurse als Schranken zwischen unterschiedlichen Wirtschaftsräumen und

Begrenzungen internationaler Kapitalbewegungen gab es immer weniger, sodaß auch die Zinsbildung immer stärker internationalisiert wurde. Die enorme Verbilligung von Transport und Kommunikation ließ darüber hinaus eine weltweite Disposition über Produktionsstandorte, Zulieferungen und Absatzmärkte zu. Es begann sich ein „globales“ kapitalistisches System herauszubilden, für das nationale Grenzen eine immer geringer werdende Bedeutung haben und das zunehmend von den internationalen Finanzmärkten gesteuert wird.

Mit dem Zusammenbruch der „staatssozialistischen“ Systeme Osteuropas konnte der Kapitalismus dann nicht nur die letzten geographischen Schranken überwinden, mit dem Ost-West Gegensatz entfiel auch die Notwendigkeit, die Konflikte zwischen den kapitalistischen Hauptländern moderat zu halten oder einigen Ländern der sogenannten Dritten Welt im Austausch gegen politisches Wohlverhalten (sprich Westorientierung) ökonomische Zugeständnisse zu machen (Zugeständnisse, die unter anderem den Aufstieg der ostasiatischen „Tiger“ begünstigten und die nun weggefallen sind). Dementsprechend verschärfte sich in den 90er Jahren nicht nur die Tonlage zwischen den großen kapitalistischen Blöcken, in den Bürgerkriegen Afrikas wurden auch schon mal unterschiedliche Seiten unterstützt. Solche Konflikte konnten bisher allerdings weder die grundsätzliche Hegemonie der USA in Frage stellen noch verhindern sie die gemeinsame Kriegführung gegen unliebsame Dritte wie 1991 im Irak oder 1999 im Kosovo.

Mit dem sich in den 90er Jahren herausbildenden „globalen Konkurrenzkapitalismus“ ist zwar eine neue Phase kapitalistischer Entwicklung eingeläutet, allerdings liegt sie nicht jenseits der analytischen Reichweite der Marxschen Theorie. Gegenstand des Marxschen „Kapital“ ist nicht der zeitgenössische englische Kapitalismus, es geht vielmehr um die Grundstrukturen des Kapitalismus schlechthin. Dazu mußte Marx Verhältnisse unterstellen, die im 19. Jahrhundert allenfalls ansatzweise vorhanden waren. Zwei ganz zentrale Unterstellungen wurden erst im 20. Jahrhundert praktisch wahr. Die Dominanz der Produktion des „relativen Mehrwerts“ (d.h. Steigerung des Mehrwerts nicht durch Verlängerung der Arbeitszeit, sondern durch Verbilligung der Ware Arbeitskraft aufgrund von Produktivkraftsteigerung in der Produktion der Konsumgüter) konnte sich erst während der Blütezeit des „Fordismus“ nach dem 2. Weltkrieg voll entfalten, als die Konsumsphäre nahezu vollständig durchkapitalisiert wurde. Marx' andere zentrale Unterstellung, daß der Kapitalismus als Weltsystem existiert, für das nationale Grenzen nur noch eine untergeordnete Bedeutung haben, ist gerade erst im Moment dabei, sich zu realisieren.

Der entstehende „globale Konkurrenzkapitalismus“, der nicht mehr viel mit dem „Wirtschaftswunderkapitalismus“ der 50er und 60er Jahre zu tun haben wird, erfordert auf Seiten der Banken und Unternehmen „global players“ in einer ganz anderen Größenordnung als früher. Daher finden Unternehmensübernahmen und



dem nur rudimentär entwickelt, wobei sich Marx' Festhalten an der Geldware noch als zusätzliches Erkenntnis Hindernis erweist. Daß die Wertformanalyse auf die Geldware verzichten kann, habe ich in Michael Heinrich: Die Wissenschaft vom Wert. Die Marxsche Kritik der politischen Ökonomie zwischen wissenschaftlicher Revolution klassischer Tradition. 2. erw. Aufl., Münster 1999, in Kapitel 6.3–6.4 zu begründen versucht, zur Funktionsweise des Kreditsystems vgl. ebd., Kapitel 7.3.

Fusionen, die noch in den 80er Jahren vor allem spekulativen Zielen dienten (das übernommene Unternehmen wurde ausgeschlachtet und in Teilen weiterverkauft) oder Folge des bevorstehenden Bankrotts einer der Firmen waren, heute auch zwischen Unternehmen statt, die schon vor der Fusion höchste Profite abgeworfen haben (wie z.B. Daimler/Chrysler oder Vodafone/Mannesmann).

Finanzkapital in der Globalisierung

In diesem globalen Konkurrenzkapitalismus ändert sich auch die Funktionsweise des Finanzsystems. Die stürmische Entwicklung der Finanzmärkte in den 90er Jahren ist nicht nur Ergebnis einer spekulativen Überhitzung, sie ist vor allem Ausdruck eines grundsätzlichen Strukturwandels. Immer häufiger finanzieren sich Unternehmen nicht mehr mit Krediten ihrer „Hausbank“, sondern direkt an den Finanzmärkten, indem sie entweder selbst Anleihen auflegen, zusätzliche Aktien ausgeben oder ganze Unternehmensbereiche ausgliedern und als selbständige Tochterunternehmen an die Börse bringen. Auch neu gegründete Unternehmen gehen relativ schnell an die Börse. Im Unterschied zum Bankkredit, für den regelmäßig Zins und Tilgung fällig ist, muß das durch die Ausgabe von Aktien eingenommene Kapital nie wieder zurückgezahlt werden. Zugleich ändert sich das Sparverhalten in den entwickelten (zunehmend auch in den weniger entwickelten Ländern). Die Ersparnisse werden nicht mehr zu niedrigen Zinsen auf Sparkonten angelegt, sondern direkt in Aktien oder Investmentfonds

(letztere erlauben auch dem Kleinanleger, auf jedem beliebigen Markt der Welt zu investieren). Da im Zuge der „Globalisierung“ auch die sozialen Sicherungssysteme abgebaut werden und die Zeiten des sozial einigermaßen abgefederten „Wirtschaftswunderkapitalismus“ unwiderruflich der Vergangenheit angehören, sodaß die gesetzliche Rentenversicherung in Zukunft allenfalls noch eine Grundsicherung bereitstellen wird, sind Arbeiter und Arbeiterinnen im Alter wieder zunehmend auf eigene Ersparnisse angewiesen.

Die Aktien- und Anleihemärkte werden nicht nur für die Unternehmen immer wichtiger, sondern auch für einen großen Teil der lohnabhängigen Bevölkerung. Damit einher geht zum einen eine verstärkte soziale Spaltung (der Erfolg der Unternehmen und damit auch die mögliche Höhe der von ihnen gezahlten Löhne differiert extrem, auch der „Anlageerfolg“ der Kleinanleger kann sehr unterschiedlich ausfallen, und schließlich wird auch in den entwickelten kapitalistischen Ländern diejenige Gruppe immer größer, die überhaupt keine Chance auf einen höher entlohten Job oder eine Anlage an den Kapitalmärkten hat). Zum anderen bringt die Dominanz der Finanzmärkte neue Verhaltensorientierungen hervor. Für die Unternehmen ist es nicht nur wichtig, einen im nationalen Rahmen „normalen“ Gewinn zu erwirtschaften, sondern einen Gewinn, der mit den internationalen „Benchmarks“ mithalten kann und auch die Aussicht auf künftige Steigerung bietet, sodaß er einen steigenden Aktienkurs, den „Shareholdervalue“ garantiert. Für die zunehmende

Zahl von Kleinanlegern, deren Rente an die Entwicklung der Aktienmärkte gekoppelt ist, wird eine rigide, gewinnorientierte Unternehmenspolitik wichtiger als die Orientierung an kollektiven Sicherungssystemen und solidarischen Organisationsformen. Am Horizont taucht damit eine Gesellschaft auf, wo nicht nur die kapitalistischen Unternehmen ihre Profitmaximierungsstrategien noch weit aggressiver verfolgen als bisher, sondern wo aus Arbeitern und Arbeiterinnen, die sich früher einmal in Gewerkschaften und sozialistischen oder kommunistischen Parteien zusammengeschlossen hatten, um dem Kapital zumindest einen gewissen Widerstand entgegenzusetzen, zunehmend Unternehmer in Sachen Verkauf eigener Arbeitskraft und Anleger in Sachen eigener Ersparnisse und Alterssicherung werden. Die Ausgebeuteten vertreten nun die kapitalistische Logik der Profitmaximierung aus scheinbarem Eigeninteresse. Dieses Verhalten wird zwar nur für eine Minderheit ökonomisch Sinn machen, deren Grenzen sind aber fließend. Auf- und Abstiege sind möglich, sodaß sich durchaus eine Mehrheit der Beschäftigten Hoffnungen machen wird, irgendwann doch einmal zu dieser bessergestellten Minderheit zu gehören.

Schlechte Aussichten

Für eine antikapitalistische Linke werden die Zeiten noch ungemütlicher werden, als sie es sowieso schon sind. Der neue „globale Konkurrenzkapitalismus“ wird sich wesentlich ungehemmter entwickeln als in den vergangenen Jahrzehnten, es wird zu größeren sozialen Spaltungen





kommen (sowohl innerhalb der entwickelten Länder, wo „erste“ und „dritte“ Welt ganz nah zusammenrücken, was schon heute nicht nur in New York oder Los Angeles zu besichtigen ist) und wahrscheinlich auch zu häufigeren und schärferen Krisen führen, die mit Verelendungstendenzen einhergehen, welche ganze Regionen betreffen und von der weiteren Entwicklung abkoppeln können, während anderswo der Reichtum immer schneller akkumuliert. Daraus aber auf die Entstehung einer stärkeren antikapitalistischen Bewegung zu schließen, wäre überaus voreilig, denn, wie gerade ange-

deutet, ist bei den besser bezahlten Schichten der Arbeiterklasse, bei den Kernbelegschaften der Global Players oder den hochqualifizierten Experten der wachsenden Internetökonomie eher mit zunehmender Entsolidarisierung und einer Internalisierung der Profitlogik als einem quasi-natürlichen Sachzwang zu rechnen. Die „rot-grüne“ Variante einer Modernisierung des Kapitalismus, eines „intelligenten“ Fitmachens des nationalen Standorts für die Weltmarktkonkurrenz (statt einer Kahlschlagpolitik à la Reagan und Thatcher), scheint für diese Schichten die plausibelste politische Option zu

sein. In den meisten EU-Ländern wird bereits von solchen Parteien die Regierung gestellt; die Clinton-Administration stellt gewissermaßen das US-amerikanische Pendant dazu dar.

Für die übrigen Teile der Arbeiterklasse bleibt die (für Einzelne auch nicht völlig aussichtslose) Hoffnung des Aufstiegs oder aber ein Leben, das zunehmend an der Armutsgrenze geführt wird (beziehungsweise das vom Abrutschen an diese Grenze bedroht wird) und das entweder politische Apathie oder ziellose Wut und jede Menge rechtsextremer und rassistischer Ressentiments hervorbringt.

Eine Veranstaltung des Kritischen Kreises:

Warenform und Erkenntnis

Alfred Sohn-Rethels Kritik am
Fetischcharakter des Denkens

Vortrag und Diskussion
mit
Stephan Grigat

Dienstag, 23. Mai 2000
19⁰⁰ Uhr

Bürogemeinschaft Schottengasse
1010 Wien
Schottengasse 3A/1/59 (4. Stock)



Sinn-haft

herausgegeben vom hyper[realitäten]büro

hyper[realitäten]büro: postfach 3, A-1096 Wien
mobile: 0676 / 623 30 06

sinn-haft@action.at, <http://sinn-haft.action.at>

abonnement ☐ über die redaktion

nr7 erscheint im mai — thema:

^aESSEN — Dinner for Cyborgs ☐



1 x sinn-haft = 50.-

4 x sinn-haft = 160.-

Hochprozentiges aus dem Wissenschaftsentertainment

Mythen und Fakten im Kosovo-Konflikt

Es ist ein merkwürdiges Buch. Bereits seine bibliophile Aufmachung – einhergehend mit einem weit weniger sorgsamem Lektorat – scheint seinem Gegenstand irgendwie unangemessen. Wesentlicher jedoch ist die Spannung, die sich daraus ergibt, daß hier zwei Historiker und ein bedeutender Mitspieler des Schauspiels von Rambouillet einen gemeinsamen Text verfaßt haben. So handelt es sich auch eigentlich um zwei Bücher: um einen Abriss der politischen und sozio-kulturellen, kaum der ökonomischen Entwicklung des Kosova von der ersten serbischen Herrschaft Ende des 13. Jahrhunderts bis heute und hier von getrennt um eine Darstellung der Diplomatie von Rambouillet und Paris, endend mit dem Beginn des NATO-Bombardements am 24. März letzten Jahres.

Kaser hat bereits zu dem von Hannes Hofbauer herausgegebenen Band „Balkankrieg“ einen knappen, aber sehr brauchbaren Aufsatz über die ökonomische und politische Peripherisierung des Balkans und den daraus resultierenden Migrationsbewegungen beigetragen, die zu jenen Konstellationen führten, auf denen die nationalistischen Rechtfertigungsmythen der heutigen Kriegsherren aufbauen. Er konzentriert sich auch im vorliegenden Band auf die Zeit von der Schlacht am Amsfeld bis zum ersten Weltkrieg. Pichler widmet sich der Entwicklung im letzten

Jahrhundert und gemeinsam mit Petritsch dem Rambouillet-Teil. Alle drei Autoren zeichnen aber für den gesamten Text verantwortlich.

Zum Verständnis des Buches muß erwähnt werden, daß es sich als ein Werk mit „handbuchartigem Charakter“ versteht. So beschränken sich die Autoren über weite Strecken auf die Kommentierung einer Vielzahl von ihnen als relevant erachteter Originaldokumente. Diejenigen zu Rambouillet, einschließlich des gesamten Vertragswerks, werden hier zum Teil erstmals, zumindest in gedruckter Form, veröffentlicht. Die Autoren beabsichtigen hiermit zweierlei. Einerseits wollen sie „einer neuen Mythenbildung über die vorgeblich so geheim geführten, Verhandlungen von Rambouillet entgegenwirken“, andererseits sollen die im ersten Teil veröffentlichten Dokumente die Bedeutung nationaler Mythen und ihrer Instrumentalisierung für die Kriege am Balkan erklären helfen.¹

Das hält die Autoren allerdings nicht davon ab, ihrerseits im Vorwort einen Mythos betreffend der völkerrechtswidrigen Bombardierungen Jugoslawiens zu pflegen, wenn sie behaupten, der UN-Sicherheitsrat sei durch Rußland und China de facto blockiert gewesen. Abgesehen davon, daß sich eine solche Schlussfolgerung selbst aus ihrer eigenen Darstellung wohl kaum ziehen läßt, erinnere man sich bloß, wie problemlos China

trotz Vernichtung seiner Belgrader Botschaft nach Kriegsende zur Stimmenthaltung im Sicherheitsrat zu bewegen war, als eine Zustimmung für die KFOR-Mission schließlich notwendig wurde.

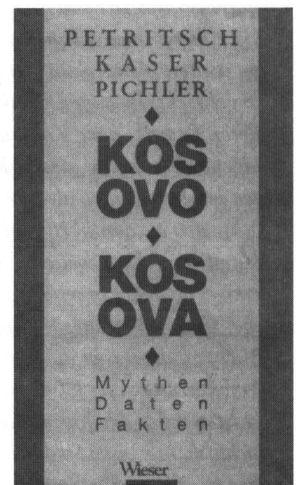
Fehlende Quellenkritik

Der Diskussion über die Balkankriege durch die Veröffentlichung wesentlicher Dokumente eine Grundlage zu geben, macht Sinn, wenngleich auch die innerjugoslawischen Motivlagen ohnehin weit weniger umstritten sind als die der intervenierenden Staaten. Umso ärgerlicher ist das fast vollständige Fehlen jedweder Quellenkritik, mancherorts selbst der Quellenangaben. So erfahren wir von dem über zehn Seiten abgedruckten berühmten Memorandum der serbischen Akademie der Wissenschaften, in dem sich der großserbische Nationalismus erstmals nach Titos Tod lautstark zu Wort meldete, nicht einmal das Jahr seiner Veröffentlichung (1986), geschweige denn Art und Umstand derselben oder näheres über seine Rezeption.

Läßt sich dies noch leicht andernorts nachlesen, gilt dies von weniger bekannten, ebenfalls ausführlich abgedruckten Dokumenten schon weniger – etwa dem ein halbes Jahrhundert zuvor veröffentlichten Memorandum von Vasa/Cubrilović, einer detaillierten Anleitung zur Vertreibung der im Kosovo lebenden AlbanerInnen.

Karl Kaser, Wolfgang Petritsch und Robert Pichler haben sich in einem letzten Herbst erschienenen Band vorgenommen, die Geschichte des Kosovo und der Verhandlungen von Rambouillet an Hand von Originaldokumenten zu entzaubern.

VON MARKUS KEMMERLING



Wolfgang Petritsch, Karl Kaser, Robert Pichler: Kosovo – Kosova – Mythen – Daten – Fakten. Wieser Verlag, Klagenfurt/Celovec 1999, 390 Seiten, öS 348,-

Die Autoren zitieren umfassend aus „Anklageakten gegen die Vernichter des Albannervolkes“, publiziert 1913 in Wien vor dem Hintergrund der das Ende der türkischen Herrschaft am Balkan markierenden Balkankriege, in deren Folge Kosova in das serbische Königreich eingegliedert wurde. Das Verhältnis zwischen Österreich-Ungarn und Serbien war bekanntlich bereits damals durch gegenseitige Ressentiments bestimmt, nicht zuletzt aufgrund der – im übrigen unerwähnt bleibenden – Annexion Bosniens und der Herzegowina durch das Habsburgerreich. Die in den „Anklageakten“ geschilderten „Blutbäder“ und „Metzeleien“ des serbischen Militärs an den Koso-

vo-AlbanerInnen sind daher wohl zunächst als in propagandistischer Absicht verfaßt zu lesen – allein der Leser bleibt auf Annahmen angewiesen. Einmal mehr fehlt jeder Hinweis auf die Umstände der Veröffentlichung oder ihre Wirkungsgeschichte.

Da es sich bei diesem Dokument um die einzige Schilderung der während des Balkankriegs verübten Verbrechen handelt, ist man verleitet, diesen Krieg allein unter dem Gesichtspunkt der „ethnischen Säuberung“ des Kosova durch Serbien zu rezipieren. Liest man umgekehrt das Dokument unter dem Gesichtspunkt seiner ihm vermutlich zugrundeliegenden Interessen, könnte man die geschilderten Greuel all-

zuleicht als reine Agitation abtun. Als Konsequenz, und ähnliches gilt für nicht wenige der im ersten Teil des Buches veröffentlichten Dokumente, bleibt die Lektüre eines erschütternden Berichts, aus dem auch nur irgendeinen Schluß über Entstehung und Entwicklung innerethnischer Gewalt am Balkan zu ziehen man sich mangels Sekundärinformation hüten muß. Dem erklärten Ziel der Autoren, zu nationalen Mythen verklärte Geschichte zu dekonstruieren, sodaß sich ihre Relevanz verringere, ist so jedenfalls wenig gedient.

Verhandeln? Besetzen!

Das Unterfangen von Petritsch im zweiten Teil des Buchs, die eigene, zwangsweise subjektive Sicht auf die Ereignisse, mit Hilfe seiner zwei wissenschaftlichen Koautoren und Dokumenten aus seinem Privatarchiv zur quasi objektiven Darstellung zu erheben, ist nicht nur nach akademischen Standesregeln fragwürdig. Ungeachtet des sichtlichen Bemühens um eine distanzierte Betrachtung muß bei solcher Vorgangsweise ein rechter Pallawatsch entstehen. Ablaufschilderung wie präsentierte Dokumente ermöglichen aber eine Differenzierung der bisherigen Einschätzung des – von den Autoren naturgemäß nicht als solches bezeichneten – Diktats von Rambouillet. Von Anfang an war der Abkommensentwurf, über dessen Autorenschaft im Buch keine genaueren Angaben gemacht werden, auf die Errichtung eines Protektorats und einer militärischen Besetzung des Kosovo durch die NATO ausgelegt. Hierin bestand der entscheidende Unterschied zur Situation vor Verhandlungsbeginn. Diese war gekennzeichnet von einem

brutalen, die Zivilbevölkerung einschließenden Vorgehen des serbischen Militärs, nicht jedoch von systematischen Vertreibungen, auf der einen und einer den Konflikt mit dem Ziel, NATO-Truppen ins Land zu holen, gezielt eskalierenden UÇK auf der anderen Seite – einer Strategie, die bereits die bosnischen Muslime erfolgreich vorgespielt hatten. Bereits im Oktober 1998 hatte Milosević einer unbewaffneten internationalen Präsenz sowie der Öffnung des Luftraums über Kosova und einer 25 km breiten „Sicherheitszone“ um diesen für die NATO zugestimmt, was sich im nachhinein als Einverständnis mit kriegsvorbereitenden Aufklärungsflügen herausstellen sollte. Den Autoren entgeht nicht, unter welch schiefem Licht die Koferenz von Rambouillet von Anfang an stand: „Daß NATO-Angriffe aber nur für eine Seite eine Drohung darstellten und der anderen unter Umständen sogar ins Kalkül passen könnten, machte dieses Friedensultimatum zu einer strittigen und vieldiskutierten Entscheidung.“ Dies führte letztlich auch zur Ablehnung des Abkommens durch die jugoslawische Regierung, wie aus einem öffentlichen Statement des serbischen Präsidenten Milutinović nach dem Scheitern von Rambouillet unzweideutig hervorgeht: „Moreover, what is even more cynical and fraudulent is the fact that the parties of Albanian separatist and terrorist movement are requested to sign the agreement they had made themselves, namely to agree to NATO's occupation of Kosovo and Metohija.“² Spätestens seit dem Eintreffen von Madeleine Albright in Rambouillet bestand das primäre Ziel der Konferenz im Zustandekommen der

1 Robert Foltins in Context XXI 6/99 an Kasers Beitrag zum Buch „Balkankrieg“ geübt, ausschließlich auf begrifflicher Kritik basierender Vorwurf, ein solches Verfahren schreibe seinerseits historische Mythen, „wenn auch kritisch“, fort, versteht dieses meiner Einschätzung nach vollkommen miß. Eine weitere Anmerkung zu Foltins Rezension sei hier noch angebracht. In seiner Kritik an dem von Hofbauer verwendeten Begriff „neue Kolonialisierung“ entwirft Foltin sein eigenes Bild einer „neuen Kolonialverwaltung“, die der alten insofern gleiche, als auch sie „für Einzelne die Möglichkeit gibt, sich an den übriggebliebenen Raubökonomien ... zu beteiligen.“ Und weiter: „Auch ÖsterreicherInnen können einiges als SoldatInnen für die KFOR oder als Gendarmen für die ‚zivile Übergangsverwaltung‘ oder die OSZE verdienen. Nicht zu vergessen die hunderten GewinnerInnen als MitarbeiterInnen von NGOs oder die blutleckenden BerichterstatteInnen der Journaille.“ Foltin übersieht ganz offensichtlich, in wessen Sold eine jede dieser Gruppen steht (worüber er sich an den Stammtischen jederzeit aufklären lassen kann). Und niemand wird wohl allen Ernstes behaupten, gut oder überbezahltes Personal sei für den Kolonialismus konstitutiv. Über dieses Mißverständnis ließe sich schweigen, würde Foltin nicht zum Beleg seiner so flott entwickelten These von den NATO-Soldaten bis zu den MitarbeiterInnen auch der kleinsten NGO alle in einen Topf. Was immer man an gleichgelagertem Interesse diesen zu unterstellen bereit sein mag, so bestimmt nicht monetäre Motive. Die lächerliche Bezahlung vieler, wenn nicht der meisten unter den letztgenannten zeigt, daß Foltin schlicht nicht weiß, wovon er schreibt. Darauf in einem Medium hinzuweisen, dessen Herausgeberin als Trägerorganisation selbst an solchen Unternehmungen beteiligt ist, sei gestattet.

Legitimierung einer NATO-Besetzung: „Hätten die Kosovo-AlbanerInnen dem Abkommen zu diesem Zeitpunkt zugestimmt“, schreiben Pichler und Petritsch über die Situation kurz vor Verhandlungsende, „dann wäre den Serben/Jugoslawen unweigerlich die alleinige Schuld für das Scheitern zugewiesen worden.“ Folgt man den Autoren, betrieben die jugoslawischen Verhandler in Rambouillet eine Obstruktionspolitik mit dem offensichtlichen Ziel, die Sache in die Länge zu ziehen. Wohl mehr aus Hilfslosigkeit denn aus Kalkül spielten sie hiermit USA und NATO in die Hände. Jugoslawien forderte zunächst eine beiderseitige Unterzeichnung der General Elements der von Petritsch auf Basis des Milosević-Holbrooke-Abkommens formulierten und „gegen den Widerstand der USA von der Kontaktgruppe als unverhandelbarer Grundlagenkatalog angenommenen“ Basic Elements. Diese sahen unter anderem ein dreijähriges Interimsabkommen, die Zusage der territorialen Integrität der Republik Jugoslawien und ihrer Nachbarstaaten sowie eine internationale Beteiligung an einer Lösung vor. Das Verlangen scheiterte an der Weigerung der Kosovo-AlbanerInnen, die territoriale Integrität anzuerkennen.

Vor dem Hintergrund dieses Szenarios ist der des öfteren und so auch im vorliegenden Buch vorgebrachte Hinweis, der „so heftig diskutierte und vorgeblich geheimgehaltene“ Annex B sei in Rambouillet gar nicht verhandelt worden, alles andere als eine Rechtfertigung. Tatsächlich wurde nicht nur der Anhang mit dem Truppenstatutabkommen, sondern

das gesamte, die militärische Implementierung beinhaltende Kapitel 7 erst am Vormittag des letzten Verhandlungstages den beiden Parteien ausgehändigt. Dies bewirkte zweierlei: Die Kosovo-Albaner stimmten zu, das Abkommen in zwei Wochen zu unterzeichnen, nicht ohne hinzuzufügen: „The Delegation of Kosovo invites and expects the rapid deployment of NATO on the ground as an essential part of the Agreement“. Die jugoslawische Seite hingegen mußte erkennen, daß – völlig egal, wie die Verhandlungen ausgingen – am Ende NATO-Truppen in das Kosovo einmarschieren würden. Aus der zitierten Erklärung des serbischen Präsidenten Milutinović geht unzweideutig hervor, daß sich Jugoslawien – verständlicherweise – betrogen und hintergangen fühlte: „There has been an transparent and inappropriate attempt only a few hours before the talks were about to close to deliver the documents which had not even been discussed by the Contact Group. These documents are the so-called Annexes 2 and 7 (dealing with the police issues and troops). ... They never wanted the agreement. The bottom line of this game of talks has been troops and troops alone. ... There are attempts at making a good excuse for an aggression against a sovereign state.“³ Von da an ging gar nichts mehr. Irgendwann in diesem Zeitraum wird Belgrad wohl auch den wahnwitzigen Beschluß gefaßt haben, der bevorstehenden Besetzung mit der Säuberung des Kosovo von seinen BewohnerInnen zu begegnen. Die folgenden Pariser Gespräche waren nur mehr Kulisse für aufziehende jugoslawische

Truppen und in Stellung gebrachte NATO-Kampfbomber, an deren Ende das unwürdige Schauspiel einer einseitigen Vertragsunterzeichnung durch Rugova und den von Petritsch wenige Monate zuvor „als geeigneten zukünftigen Ansprechpartner identifizierten“ Hashim Thaçi stand. Den Annex B betreffend schreiben die Autoren weiters, „daß Milosević in eine NATO-Luftraumüberwachung bereits im Oktober 1998 eingewilligt hatte und sich das Modell von Rambouillet an den Dayton-Vertrag anlehnte.“ Dies ist so nicht richtig. Die Luftraumüberwachung wurde in Kapitel 7, Artikel X wesentlich ausgeweitet (keine Einschränkung mehr auf unbewaffnete Aufklärungsflüge, Übertragung der Lufthoheit von Jugoslawien auf die NATO) und auch das Truppenstatutabkommen war weitergehend. Es beinhaltete beispielsweise das Recht der NATO, in ganz Jugoslawien

Manöver abzuhalten.⁴ Darüber hinaus ist es wohl kaum dasselbe, ob ein solches Abkommen nach Kriegsende oder als „Formulierung eines politischen Kriegsziels“ zustandekommt, wie es der Völkerrechtler Michael Geistlinger hierorts treffend bezeichnet hat. (Die territoriale Zugehörigkeit Bosniens zu Jugoslawien war in Dayton kein Thema mehr, in Rambouillet aber vor Verhandlungsbeginn explizit zugesichert worden.) Der Hinweis auf die weitgehende Identität zwischen dem in Dayton abgeschlossenen und jenem in Rambouillet vorgelegten Truppenabkommen ist trotz allem nicht uninteressant.⁵ Belegt er doch, daß der Bombenkrieg gegen Jugoslawien keineswegs eine neue Qualität in das Vorgehen der „internationalen Gemeinschaft“ brachte, sondern als konsequente Zuspitzung des in Bosnien eingeschlagenen Weges zu lesen ist. Bis demnächst in Montenegro. ■

2 *Metohija ist die offizielle serbisch-jugoslawische Bezeichnung für Kosova.*

3 *Dieses am 5. März in „Yugoslav Daily Survey“ veröffentlichte Dokument ist noch aus einem weiteren Grund interessant, beweist es doch, daß Jugoslawien bereits während der Verhandlungen sehr deutlich seine Ablehnung der militärischen Implementierung öffentlich gemacht hat, ohne daß dies, zumindest meiner nicht unaufmerksamen Wahrnehmung nach, in den westlichen Medien auch nur in einer Fußnote rezipiert worden wäre.*

4 *Ein weitergehender Vergleich ist anhand des kurzen, aus dem Dayton-Vertrag abgedruckten Ausschnitts nicht möglich, da sich unter der angegebenen Quelle nicht das Truppenstatutabkommen der NATO mit der jugoslawischen, sondern mit der bosnischen Republik findet. Diesem gleicht das in Rambouillet vorgelegte Abkommen allerdings weitgehend.*

5 *Im übrigen wurde von völkerrechtlicher Seite schon die IFOR/SFOR als Besatzungstruppe charakterisiert, der „lediglich die Legitimität des Kapitels VII der UN-Charta verliehen ist“. Allein die Tatsache, daß die NATO überhaupt mit Nichtmitgliedsstaaten Truppenstatutabkommen abschließt, war nur mit so phantasievollen Erklärungen wie „interpretative Fortbildung des NATO-Vertrages durch eine von allen Mitgliedsstaaten konsentierende Praxis“ völkerrechtens zu machen.*

Kap der Gewalt

Frauenunterdrückung in Südafrika

Die Republik am Kap der guten Hoffnung weist weltweit die höchste Vergewaltigungsrate auf.

VON VERONIKA WITTMANN*

Der nationale Frauentag am 9. August ist im neuen Südafrika, ebenso wie der internationale Frauentag am 8. März, ein offizieller Feiertag. Er geht zurück auf das Jahr 1956, als 20.000 Frauen gegen die Ausdehnung der Paßgesetze auf „schwarze“ Frauen demonstrierten.¹ Im rassistischen Apartheidstaat waren alle, gemäß dem „Population Registration Act“ von 1950, als „schwarz klassifizierten“ Männer dazu gezwungen, Pässe, in denen der Wohnort, der Arbeitsplatz etc. vermerkt wurde, bei sich zu tragen. Die Regierung unter dem damaligen Premierminister Strydom wollte dieses Gesetz auch auf Frauen ausweiten. Als Protest gegen diese Maßnahme zogen 20.000 Frauen zum Regierungssitz in Pretoria und legten Unterschriftenlisten vor, wobei viele der Aktivistinnen verhaftet wurden. Der Monat August wurde im neuen Südafrika zum „Monat der Frauen“ erklärt. Jedes Jahr finden den ganzen Monat hindurch frauenspezifische Veranstaltungen statt. Im vergangenen Jahr hatten die Demonstrationen, Fernsehdiskussionen, Konzerte und Radiosendungen die Thematik der Gewaltanwendungen, denen Frauen in Südafrika ausgesetzt sind, zum Schwerpunkt. Das neue, demokratische Südafrika wird in diversen Medienberichten sehr gerne als eine „Regenbogennation“ beschrieben und dargestellt, als eine Nation, welche viele verschiedene „Kulturen“ beinhaltet. So verschieden die jeweiligen kultu-

rellen Gegebenheiten in dem Land am „Kap der guten Hoffnung“ mit seinen elf offiziellen Amtssprachen auch sein mögen, in einem Punkt unterscheiden sie sich absolut nicht. Physische und psychische Gewaltanwendungen betreffen sowohl die Minoritätsfrauen der „Ersten Welt“ Südafrikas als auch die Bewohnerinnen der unzähligen Townships an der Peripherie der größeren und kleineren Städte. Die Rahmenbedingungen, die Frauen in diesen differierenden Welten vorfinden, um sich gegen die geschlechtsspezifische Gewalt wehren zu können, sind jedoch gänzlich andere. Die Thematik der Gewaltanwendungen gegen Frauen ist in Südafrika unübersehbar geworden. Davon zeugen nicht nur unzählige Zeitungsreportagen und Fernsehberichte über mißhandelte Frauen, sondern die Brisanz des Themas spiegelt sich auch in der Innenpolitik dieses jungen, demokratischen Landes wieder. Die starke Präsenz von Gewaltanwendungen gegen Frauen in den südafrikanischen Medien, in der politischen Diskussion und auch im Alltagsdiskurs wird offensichtlich, wenn offizielle Statistiken betrachtet werden. Südafrika weist, weltweit gesehen, die höchste Rate an Vergewaltigungen auf. Statistiken belegen, daß alle 26 Sekunden eine Frau in Südafrika vergewaltigt wird, das heißt, eine von drei Südafrikanerinnen ist in ihrem Leben von einer Vergewaltigung betroffen. Zur Veranschaulichung dieser traurigen

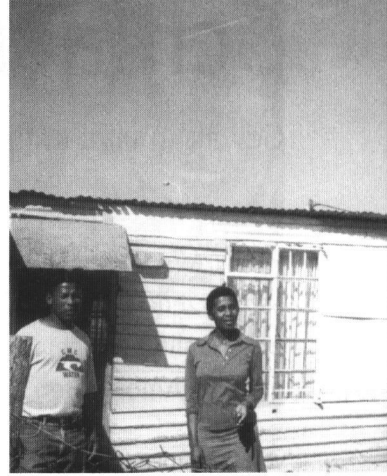
Bilanz stelle man sich eine ein- einhalb Stunden dauernde Theatervorstellung vor. Von dem Zeitpunkt an, wo die Aufführung beginnt, bis zu jenem Zeitpunkt, da der Vorhang fällt, werden in Südafrika statistisch betrachtet 120 Frauen vergewaltigt. Gewalt formte mehr oder minder immer die Konturen des Alltags südafrikanischer Frauen. Während der Zeit des institutionalisierten Rassismus und Sexismus im Apartheidssystem wurden geschlechtsspezifische Gewaltanwendungen jedoch größtenteils tabuisiert. Mediales Interesse erregten nach Aussagen von Mitarbeiterinnen diverser Frauenorganisationen nur jene Fälle, in denen die Überlebenden „weiß“ waren. Das seit sechs Jahren bestehende demokratische politische System hat für die Mehrheit der historisch und auch noch gegenwärtig disprivilegierten Bevölkerungsschichten, insbesondere für die Frauen des Landes, zwar kaum eine bemerkenswerte Verbesserung ihrer schlechten sozio-ökonomischen Situation gebracht, eine Änderung setzte jedoch hinsichtlich ihrer rechtlichen Situation und der Enttabuisierung von Gewalt gegen Frauen in der Öffentlichkeit ein. Eine geschlechts-egalitäre Gesellschaft zu etablieren zählt – zumindest wenn man der Rhetorik südafrikanischer PolitikerInnen Glauben schenken darf – zu den größten Herausforderungen, die es momentan zu bewältigen gilt. In großen Teilen der Gesellschaft wird die Aufgabe, die Gewaltanwendungen gegen Frauen zu reduzieren, in etwa als ebenso wichtig erachtet wie die Eindämmung der sonstigen Kriminalität. Frauenspezifische Diskriminierungen sind im neuen Südafrika dem Gesetz nach

*) Veronika Wittmann ist Entwicklungssoziologin in Linz, Stipendiatin der Österreichischen Akademie der Wissenschaften und schreibt an ihrer Dissertation. Forschungsaufenthalte in Tanzania, Zimbabwe, Ghana und Südafrika mit den thematischen Schwerpunkten: „Afrikanische Feminismen und Gender Empowerment“.

untersagt. Inwieweit die Mehrheit der Frauen des Landes von ihrem neuen rechtlichen Status weiß und davon Gebrauch machen kann, steht jedoch auf einem anderen Blatt. An diesem Punkt setzt die Arbeit diverser NGOs und „Graswurzelbewegungen“ an. Gegenwärtig besteht diese vor allem darin, Aufklärungsarbeit über die veränderte rechtliche Lage zu leisten. Die Mittel, mit denen Frauen über ihre Rechte informiert werden, reichen von Zeitungsartikeln, Plakaten, Informationskampagnen bis hin zu Radiosendungen. Letztere sind vor allem in den Townships das beste Medium, um Frauen erreichen zu können. Zum einen senden lokale Radiostationen in der jeweilig vor Ort gesprochenen Muttersprache – in der westlichen Kap-Provinz beispielsweise in Xhosa –, zum anderen erscheinen Radiosendungen auch angesichts der hohen Analphabetinnenrate sinnvoller zu sein als Zeitungsreportagen, um Informationen an Frauen weiterzugeben. In Khayelitsha bei Kapstadt, dem zweitgrößten Township Südafrikas, sendet beispielsweise die „Cibonele Radio Station“ täglich in einem Frauenprogramm Informationen über den Äther, die es den Bewohnerinnen ermöglichen soll, gegen die immens hohe geschlechtsspezifische Gewalt vorzugehen. Der Name „Cibonele“ hat in der Sprache der Xhosa die Bedeutung „See for yourself“. Genau dies machen die Bewohnerinnen von Khayelitsha, indem sie sich gegenseitig unterstützen und helfen. So ist es beispielsweise keine Seltenheit, daß Frauen während der Sendezeit anrufen, um auf aktuelle Fälle von Gewaltanwendungen in ihrer näheren Umgebung aufmerksam zu machen. Es gibt neben den so-

genannten „Graswurzelbewegungen“ wie der „Cibonele Radio Station“ auch eine Vielzahl an NGOs, die als Arbeitsschwerpunkt die Reduzierung der Gewalt gegen Frauen haben. Ihre Aktivitäten, um dieses Ziel zu erreichen, sind primär von der vorhandenen Infrastruktur und der Lokalität der jeweiligen Organisation abhängig. Die Mehrzahl der Frauenorganisationen, welche tagtäglich mit Betroffenen von Gewaltanwendungen wie Vergewaltigung und Raubüberfällen arbeiten, haben ihren Hauptsitz in der Innenstadt Kapstadts und nur sogenannte Satellitenbüros in den Townships rund um die 4-Millionen-Stadt. Gerade dort, wo die überwältigende Mehrheit der Gewaltanwendungen gegen Frauen passiert, sind nicht nur weniger Beratungsstellen, sondern es existiert auch kein einziges Frauenhaus in den Townships. Die seit immerhin 24 Jahren existierende NGO „Rape Crisis“, die nur mit Überlebenden von Vergewaltigungen arbeitet, hat ihren Hauptsitz in Observatory, einem studentisch geprägten Viertel Kapstadts. In Khayelitsha, dem eine Million EinwohnerInnen zählenden Township, besteht erst seit 1995 ein Satellitenbüro. Ein Haus für Beratungsdienste haben die Mitarbeiterinnen von „Rape Crisis – Khayelitsha“ erst seit Juni letzten Jahres. Neben der Vielzahl an Frauenprojekten gibt es auch eine seit 1993 bestehende NGO, das „5 in 6 Project“, welches vorwiegend mit Männern arbeitet, um in Workshops deren Verhaltensweisen gegenüber Frauen zu ändern. Der Name der Organisation resultiert aus der Tatsache, daß statistisch gesehen einer von sechs Männern in Südafrika Frauen mißbraucht. Bei den zweiten

demokratischen Wahlen, die im Juni 1999 stattfanden, haben AktivistInnen des „5 in 6 Project“ Wahlplakate aller kandidierenden Parteien mit Postern überhängt, auf denen die Frage zu lesen war: „1 von 6 Männern mißbraucht Frauen. Kümmert er sich darum?“ Durch diese Aktion sollten die KandidatInnen der zur Wahl angetretenen Parteien auf die Gewalt gegen Frauen aufmerksam gemacht werden. Es gibt eine ganze Reihe derartiger Aktivitäten. So finden beispielsweise in Kapstadt oft spontan Demonstrationen vor Gerichtsgebäuden statt, wenn in Verhandlungen Urteile gegen Gewalttäter gefällt werden, die unter dem Mindeststrafmaß bleiben. Bei den diversen Aktivitäten anlässlich des nationalen Frauentages im letzten Jahr wurden in ganz Südafrika weiße Bänder verteilt, welche international als Symbol gegen Gewalt gegen Frauen gelten. Viele SüdafrikanerInnen bekundeten damit ihre Solidarität mit jenen Frauen, die Gewaltanwendungen ausgesetzt sind. Was trotz aller notwendigen und wichtigen Öffentlichkeitsarbeit, die Frauenorganisationen und Graswurzelbewegungen leisten, bestehen bleibt, ist die unbeantwortete Frage, die eine Vertreterin der Frauenliga des ANC² bei einer Kundgebung gegen Gewalt gegen Frauen in Kapstadt an die anwesenden Männer derart formulierte: „Wenn wir gemeinsam gegen die Apartheid gekämpft und gewonnen haben, warum um alles in der Welt können wir nicht gemeinsam den Sexismus überwinden?“ Angesichts der Vielzahl an Aktivitäten besteht zumindest eine potentielle Chance, daß das Land am „Kap der guten Hoffnung“ ein „sicheres Kap für Frauen“ wird. ■



MitarbeiterInnen von „Rape Crisis“ in Khayelitsha (rechts: Bulelwa Mshumpela)

- 1 Die Begriffe „weiß“ und „schwarz“ werden in diesem Artikel als soziale Kategorie verwendet, um rassistische Diskriminierungen sichtbar zu machen.
- 2 African National Congress. Der African National Congress war die älteste Befreiungsbewegung auf dem afrikanischen Kontinent und die bekannteste Anti-Apartheid-Widerstandsbewegung. Er ist nunmehr die Regierungspartei in Südafrika.

Schlachtfeste

Gewalt in Film und Fernsehen

Produzieren
Schwarzenegger-Filme
und Reality-TV Schlä-
ger und Amokläufer?

VON CHRISTOPH KAINDEL*

Einer der ersten jemals gedrehten Filme zeigt einen Boxkampf, dessen Runden auf einzelnen, damals nur wenige Minuten langen Filmspulen festgehalten wurden. „The Great Train Robbery“ (1903), einer der ersten Western, löste bereits eine Diskussion über Gewalt im Film aus. In den folgenden Jahrzehnten hat die Gewalt im Film mehrere, teilweise parallel bestehende Stadien durchlaufen: von den akrobatischen Fechteinlagen des stets siegesgewiß lächelnden Erroll Flynn bis zum Showdown um zwölf Uhr mittags, von Ringkämpfen plumper Muskelmänner in diversen Sandalenschinken bis zu Charles Bronsons fragwürdigen Selbstjustizreißern. Zu Abenteuer und Action tritt der Horror, von den stimmungsvollen, erschreckenden Bildern der frühen Vampir- und Draculafilme bis zum modernen Splatterfilm.

Zum Kino kam das Fernsehen hinzu, das in Serien und eigens produzierten Filmen die Stereotypen der Gewaltdarstellung, meist leicht abgeschwächt, übernahm. Fernsehserien inspirieren Kinofilme wie „The Saint“, „Auf der Flucht“ und „Mission Impossible“, Filme wie „Robocop“, „Highlander“ oder „The Big Easy“ bringen Fernsehserien hervor.

Zwei Elemente kennzeichnen die Entwicklung der Gewaltdarstellung der letzten zehn Jahre: Eine Perfektionierung der Gewalt, eine überzeichnete Ästhetisierung und Gigantomanie bis hin ins Ab-

struse geht Hand in Hand mit einer „Intimisierung“ der gezeigten Gewalt. Der unvermeidliche Kampf zwischen Helden und Schurken im Actionfilm hat eine neue Qualität bekommen. Einerseits werden die Schußwaffen im filmischen Gebrauch immer gewaltiger, andererseits ist heute der waffenlose Nahkampf der unverzichtbare Höhepunkt jedes Actionfilms.

Dies wäre nicht weiter bemerkenswert; auch im klassischen Western oder Abenteuerfilm nimmt der Kampf eine zentrale Position ein. Ist nicht der Karatekampf einfach eine aktuellere Umsetzung etwa der Fechtszenen eines Erroll Flynn oder Douglas Fairbanks?

Nicht ganz; während der Kampf im Film immer wichtig war als Kulmination eines Konfliktes zwischen Gut und Böse, scheint sich jedoch im modernen Actionfilm der Fokus zu einer Darstellung der Kampfmittel zu verschieben, sei es die Waffe oder der gestählte Körper des Helden selbst.

Während James Bond noch mit der vergleichsweise mickrigen Walther PPK sein Auskommen fand und die übermächtigen Riesenwaffen seinen Gegnern überließ, griff Clint Eastwood als „Dirty Harry“ (1971) bereits zur massiven .44er Magnum, als ästhetisierter und erotisierender Handfeuerwaffe. Der Text des Vorspanns von „Dirty Harry 2: Magnum Force“ (1973) illustriert in unvergleichlicher Weise diesen Waffenfetischis-

mus. Während die Kamera liebevoll am blanken Stahl der Waffe entlanggleitet, ertönen die Worte: „Die .44er Magnum. Die stärkste Handfeuerwaffe der Welt. Die bläst dir glatt den Kopf weg. Fühlst du dich wohl?“

Der unangefochtene Spitzenreiter im Gebrauch gigantischer Schußwaffen ist Arnold Schwarzenegger, dessen imposanter Körperbau wohl auch eine ebenso eindrucksvolle Bewaffnung verlangt. Seit seinem internationalen Durchbruch als Actionstar in „Terminator“ (1984) kommt er regelmäßig wieder, mit immer schwereren Geschützen ausgerüstet. In seinem Actionvehikel „Eraser“ (1996) ist ihm schließlich die endgültige Reduktion auf das Wesentliche gelungen: Hier dreht sich die ganze dünne Story um eine alles durchdringende, futuristische Strahlenwaffe, die Arnie in den letzten Szenen sogar in beiden Händen schwingen darf.

Vom übersteigerten Waffenfetischismus der Schwarzenegger-Filme zur Parodie ist es nicht weit. Vor allem die Filme der jungen Actionregisseure Tarantino und Rodriguez zeichnen sich durch groteske, plakativ übertriebene Gewalt aus. Da entpuppen sich etwa die Gitarrenkästen der Killer in Rodriguez' „Desperado“ (1995) als getarnte Maschinengewehre und Raketenwerfer, den scharenweise auftretenden Vampiren in „From Dusk till Dawn“ (1996) wird zwecks Erfolgsmaximierung ein motorbetriebener Holzpflöck der Reihe nach ins Herz gerammt. In Tarantinos „Pulp Fiction“ (1994) greift Bruce Willis zur Freude des Publikums zunächst abwägend zum Baseballschläger und zur Ketensäge, um sich der beiden

*) Christoph Kaindel arbeitet als Werbegrafiker und Jugendforscher in Wien.

Ein ausführlicherer Artikel von Christoph Kaindel zu Gewalt in der Populärkultur ist in der Nummer 4/97 von „Tracts“ erschienen. In einer der nächsten Ausgaben von Context XXI publizieren wir von ihm einen Text zur Comiczensur in den USA.

mörderischen Perversen dann doch mit dem Samuraischwert zu entledigen. Und im siebenfach oskargekrönten Thriller „Fargo“ (1996) der Coen-Brüder finden die zahlreichen banalen und letztlich sinnlosen Gewaltakte ihren Höhepunkt in jener Szene, als der wortkarge Killer seinen gesprächigeren Kollegen in der Häckselmaschine zerkleinert.

Wo keine Waffe greifbar ist, da muß der Körper selbst zur Waffe werden. Hochtrainierte Kampfsportler wie Jean-Claude van Damme, Steven Seagal oder Dolph Lundgren sind die Helden des Subgenres der „Martial Arts Movies“, in denen meist weniger geschossen, dafür umso mehr geschlagen und getreten wird. Diese Stars sind nur die Spitze des Eisberges. Jährlich werden hunderte billiger Prügelstreifen direkt für den Videomarkt produziert. Da der Aufwand für Ausstattung oder Spezialeffekte nahezu null beträgt, rentieren sich diese Filme in jedem Fall.

Mit dem Boom der körperbetonten Actionfilme geht eine Welle von ebenfalls zweikampforientierten Fernsehserien einher, in denen oft B-Movie-Darsteller wie Chuck Norris, Michael Dudikoff oder Lorenzo Lamas ihr Auskommen finden. „Walker, Texas Ranger“, „Renegade“ und „Cobra“ sind einfallslose Polize- bzw. Kopfgeldjägerserien, während die Fantasyserien „Highlander“ und „Herkules“ zumindest mit originelleren Hintergrundstories aufwarten können. Die Fantasyheldin „Xena“ ist eine interessante Neuerscheinung im Actionuniversum: „Laut dem US-Branchenblatt ‚Variety‘ lockt die Kriegerprinzessin überwiegend weibliche Zuschauer an. Genauso ungewöhnlich wie die Heldin sind

ihre Fans. Die Serie ist ein Kulthit bei Lesben und ein populäres Pin-Up in Frauengefängnissen.“ (Scherer, S. 23)

Doch auch an höherbudgetierten Actionfilmen geht diese Entwicklung nicht spurlos vorüber. Wo John Wayne früher seine Fäuste genügten, um Zweikämpfe zu bestreiten, muß der heutige Actionstar etwas mehr bieten. Mel Gibson (Lethal Weapon 1-4), Bruce Willis (Die Hard 1-3), Wesley Snipes (Demolition Man, Passagier 57) oder Patrick Swayze (Roadhouse) kommen um choreografierte Nahkampfeinlagen nicht herum, um den sachkundigen und reizüberfluteten jugendlichen Konsumenten noch einen Kick zu verschaffen.

Der Held der meisten Actionfilme oder -serien ist ein Einzelgänger, oft ein aktiver oder ehemaliger Soldat oder Agent, wodurch sich seine Waffen- und Nahkampfkenntnisse erklären lassen. Seine Motive sind Rache und/oder Patriotismus, er ist ein Verteidiger der Gesellschaft oder der ganzen „Freien Welt“ gegen äußere Feinde, Verbrecher, Terroristen, Kommunisten oder Außerirdische. Im Mittelpunkt des Films steht nicht der Tod oder die Überwindung der Gegner, sondern der Sieg dieses unzerstörbaren Helden, der alle Feinde überwindet, zwar einige Schrammen abbekommt, aber im wesentlichen unverletzt bleibt.

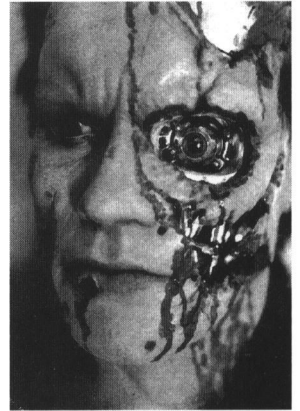
Nach Ansicht der dänischen Forscherin Anne Jerslev steht das „Funktionieren“ dieses Helden im Zentrum der Aufmerksamkeit. Rund um ihn geht in einer gewaltigen Materialschlacht alles zu Bruch, dies dient jedoch nur der Betonung seiner Unantastbarkeit. Der Held ist körperlich zwischen Mensch und

Maschine. Sein trainierter Körper wird eins mit seiner Waffe. Den Höhepunkt dieser Identifikation bilden die Menschmaschinen der „Robocop“- und „Terminator“-Filme, die Wegbereiter zahlreicher Nachahmer auf dem B-Movie-Sektor geworden sind.

Jerslev sieht nicht die dargestellte Gewalt, auch nicht die simple Ideologie, sondern vielmehr die Inszenierung des männlichen Körpers als vordringliche Motivation für den Konsum von Actionfilmen an. In der Welt des Actionfilms bleiben verbale Argumente wirkungslos; Konflikte sind auf das Körperliche reduziert, Gewalt der einzige Weg zu ihrer Lösung. Durch diese Simplifizierung und durch die Ausklammerung der negativen Folgen der Gewalt für den Helden (Schmerzen, Invalidität) ist leichte Konsumierbarkeit gewährleistet.

Reaktionäre Splatterfilme

Im modernen Horrorfilm, vor allem im lautmalersich benannten Subgenre des Splatterfilms, sieht Jerslev die Vorgaben des Actionfilms ins Gegenteil verkehrt. Wenn dort der menschliche Körper im Grunde unversehrt bleibt, wird er hier verformt, zerfetzt, das Innere nach außen gekehrt. Die Mittel der Gewaltanwendung müssen diesen Anforderungen genügen können, daher die Popularität von Schrotflinte und Kettensäge im Splattergenre. Haben wir dort einen einsamen Helden, der Horden von gesichtslosen Bösewichtern niedermetzelt, sehen wir im Splatterfilm einen übermächtigen Schurken, der einer Gruppe von uninteressanten „Helden“ der Reiche nach höchst einfallsreich das Leben nimmt. Der Schurke wird am Schluß zwar besiegt, doch nur zum Schein,



denn die meisten Splatterfilme weisen eine Reihe von Fortsetzungen auf.

Gerade die Reihe der „Freitag, der 13.“-Filme, oder auch die „Nightmare on Elm Street“-Serie können der Gruppe des „reaktionären Splatter“ zugeordnet werden, die die weitaus meisten Filme des Genres umfaßt. Nur vereinzelt finden sich beunruhigende, „apokalyptische Splatterfilme“ wie die „Zombie“-Trilogie George A. Romeros oder Tobe Hoopers „Texas Chainsaw Massacre“, die die sogenannte „heile Welt“ als korruptes, zerfressenes System denunzieren, das sich schließlich selbst verschlingt.

Im reaktionären Splatterfilm wie etwa „Halloween“ ist die Zentralfigur der Mörder, „ein unzerstörbares, allgegenwärtiges Instrument der Repression. Teenager, die sich des Nachts mit ihrem Freund ein paar vergnügte Stunden machten, starben wie die Fliegen unter seinen Messerstichen. Die unschuldige Jamie Lee Curtis (...) überlebte. Was in ‚Halloween‘ (1978) lediglich Resultat von John Carpenters erstaunlicher ideologischer Naivität gewesen war, entwickelte sich in ‚Friday the 13th‘ (1980) dann zur gültigen Aussage. Der maskierte Killer im Camp Crystal Lake brachte Studenten deshalb um, weil sie gerne nackt badeten, weil sie gerne Strip-Monopoly spielten. Fortan massakrierte der ‚Slasher‘ Teenager, die auf der Toilette in vollen Zügen ihren Joint genossen; Frauen, die sich zu sehr emanzipiert hatten. (...) Wo auch immer puritanische Regisseure den Grund für die Auflösung der Gesellschaft vermuteten, schlug der verrückte Killer zu.“ (Stresau, S. 176-178)

Der Tod ist die Strafe für gesellschaftliche Abweichung,

vor allem für sexuelle Freizügigkeit. Simplifizierende Anklänge an Freud sind vor allem in der Gestalt des im Traum mordenden Freddie Kruger nicht zu übersehen. Die Slasherfilme erlebten zwar ihre Hochblüte in den achtziger Jahren, doch es werden weiterhin zahlreiche Billigfilme für den Videomarkt nach demselben Muster produziert.

Actionheld und Horror-Bösewicht sind also letztlich zwei Seiten derselben Medaille. Wenn der Held des Actionfilms die Gesellschaft gegen äußere Feinde verteidigt, so kämpft der „Slasher“, der Antiheld, gegen die moralische Zersetzung von innen. Beide sind zutiefst reaktionär und verkörpern im wesentlichen die gesellschaftlichen Werte der puritanischen USA.

Realität und Fiktion

In der medialen Entwicklung wird immer mehr auf die Zugkraft der realen Gewalt gesetzt. Seit 1992 zeigt die Show „Eyewitness Video“ des US-Senders NBC eine Zusammenstellung von Morden, Unfällen und Katastrophen, und das nicht in den Nachrichten, sondern im Unterhaltungsprogramm. Deutsche Fernsehstationen zogen bald nach, mit Sendungen wie „Retter“ (Sat1) oder „Augenzeugen-Video“ (RTL).

Gewalttaten und Menschenschicksale werden dabei den Konventionen der medialen Darstellung angepaßt. Die reale Gewalt muß sich der medialen annähern. „So wie die nackte Realität, wird auch die nackte Gewalt als unerträglich empfunden, weil immer mehr Menschen sich an die Unterhaltungsausgabe von Gewalt und Tod gewöhnt haben. (...) Der anhaltenden Tendenz, immer mehr ‚Reality‘ ins Medium zu bringen, arbeitet offen-

bar eine ihr nur scheinbar widersprechende andere Tendenz zu: Die Empfindungen der Zuseher über akzeptable Realitäten orientieren sich immer stärker daran, wie das Medium Realität darstellt“ (Rathmayr, S. 99).

Dieser Prozeß bringt es mit sich, daß nur Ereignisse, die über das Fernsehen vermittelt werden, als wirklich empfunden werden. Es wird dabei wohlwollend zur Kenntnis genommen, wenn ein reales Ereignis dem fiktionalen Standard genügen kann.

Einfluß medialer Gewaltdarstellung

Die Medienwirkungsforschung befaßt sich vor allem mit der Untersuchung, ob gewalttätiges Verhalten durch mediale Gewaltdarstellung verstärkt oder ausgelöst wird. In Österreich ist diese Diskussion 1997 nach dem „Amoklauf“ eines Schülers in Niederösterreich, der eine Lehrerin tötete und eine weitere schwer verletzte, wieder aufgeflammt.

Auf mehreren Inhaltsebenen ist ein Einfluß der gezeigten Gewalt auf den Zuschauer denkbar. Da wäre einmal die Ebene der Bilder, der reinen Darstellung des Gewaltaktes in seinen vielfältigen Formen. Von seltenen Ausnahmen einmal abgesehen, wird der häufige Anblick von Gewaltszenen in den Medien von seriösen Wissenschaftlern als Auslöser für Gewalttaten generell abgelehnt. Interessanterweise ist dies aber die Ebene, auf der sich die Diskussion in den Medien bewegt, wenn sie ihre eigene Gewalttätigkeit anprangern oder sich selbst zu beschränken suchen. So titelte etwa „TV Media“ am 22. Mai 1997 griffig: „Gewalt im TV. 4000 Morde im Jahr. Macht Fernsehen unsere Kinder ka-



putt?“ Da werden Gewalttaten Jugendlicher in höchst unseriöser Weise direkt mit ihrem Fernsehkonsum in Verbindung gebracht. Da werden penibel Leichen gezählt: am 13. 5. 1997 etwa kam ORF 1 auf 21 Leichen in 8 1/2 Stunden – ein wenig aussagekräftiger Wert, den Shakespeare oder Euripides locker in weniger Zeit schaffen. Zugleich listet „TV Media“ die gewalttätigsten Filme der laufenden Programmwoche auf – Abschreckung oder, undenkbar, doch Quotenhascherei?

Aber der Artikel entlarvt sich selbst: „Wenn das familiäre Umfeld intakt ist und die Eltern sich mit dem TV-Konsum der Kinder auseinandersetzen, besteht wenig Gefahr. (...) Anders, wenn der Fernseher den Babysitter ersetzt. Dann ‚lernen‘ die Kinder in schlechten Filmen, Gewalt als Lösung für Probleme einzusetzen.“ In der Auseinandersetzung geht es zudem nur um Action- und Horrorfilme, die sich Kinder ohnehin nicht ansehen sollten. Das hohe Level an Gewalttätigkeit in Filmen wie „Kevin – Allein zu Haus“ wird, weil „lustig“, nie angesprochen, obwohl sich klein Kevin wie die Kindergartenvariante von Charles Bronson verhält.

Es ist aus dieser Sicht klar, daß das Mittel der Zensur besonders bluttriefender Szenen etwa durch die deutsche FSK (Freiwillige Selbstkontrolle) oder die Sender selbst bestenfalls als Augenauswischerei bezeichnet werden kann. Es handelt sich um eine Alibihandlung von Medien, die Gewalt zeigen wollen, aber unter Hinweis auf die Zensur deren Wirkung auf die Zuseher zugleich abstreiten.

Eine weitere Wirkungsebene könnte die der Rollenbilder, Verhaltensmuster und

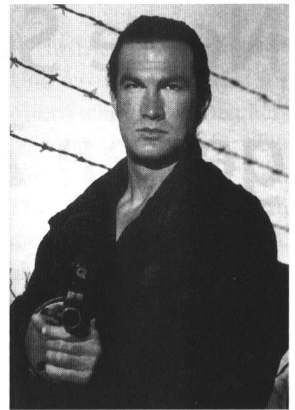
Erfolgsstrategien darstellen. Hier konnte bisher trotz tausender einschlägiger Studien ein Einfluß auf alle Fernsehkonsumenten nicht eindeutig nachgewiesen werden. Bestimmte Risikogruppen dürften sich jedoch durchaus am Vorbild der medialen Gewalttäter orientieren. Es „erscheint der Verdacht begründet, daß gerade für die sozialen Gruppen in den USA, für die das auf dem Fernsehschirm vermittelte Geschehen unmittelbaren Wirklichkeitsbezug hat, violente Medieninhalte als reale Orientierungsmuster gelten können. Die Medien stoßen hier in soziale Kontexte hinein, in denen traditionelle Faktoren sozialer Kontrolle nur noch eine geringe Bedeutung haben und somit andere Sozialisationsagenten wie etwa das Fernsehen eine besonders starke Wirkung entfalten können“ (Zinnow, S. 237).

Der Theorie vom Erlernen gewalttätiger Verhaltensmuster durch die Medien widerspricht auch die Tatsache, daß die weitaus häufigste reale Gewaltsituation, nämlich männliche Gewalt gegen Frauen und Kinder innerhalb der eigenen Familie, medial nur selten, und dann negativ verarbeitet wird. Deren Ursache muß also woanders zu suchen sein. Inwieweit die Vorliebe für Selbstjustiz im amerikanischen Film das Verhalten der Bevölkerung mitbeeinflusst, wäre ebenfalls noch zu untersuchen.

Schließlich finden wir uns auf der Ebene der Lebenseinstellungen, der persönlichen Grundhaltungen und Ideologien. Hier läßt sich schon ein enger Zusammenhang vor allem zum Fernsehkonsum feststellen. Nach einem psychologischen Modell sind es vor allem ängstliche Menschen mit niedriger Toleranz für kom-

plexe reale Vorgänge, die als „Represser“ entweder simple, gewaltfreie Programme wie Seifenopern oder aber, als „Sensibilisierer“, genauso simple, aber besonders brutale Filme oder Reality-TV-Shows konsumieren. Die persönliche Grundeinstellung dieser Menschen wird zwar durch Medien nicht hervorgerufen, aber sehr wohl bestärkt, und durch die wachsende Zahl dieser Konsumenten steigt auch das Angebot an stereotypen Trivialsendungen aller Art (vgl. Vitouch, S. 180f.). Da die ängstlichen „Sensibilisierer“, aber auch die „Represser“ sich durch komplexe Alltagssituationen oft überfordert fühlen, sind sie prädestinierte Opfer der vielzitierten „Kurzschlußhandlung“. So kann also ein Zusammenhang, wenn auch kein kausaler, zwischen Medienkonsum und Gewalttätigkeit festgestellt werden. Auch Rathmayr sieht die Medien nicht als verantwortlich für konkrete Gewalttaten an, wohl aber für die Aufrechterhaltung und die Aufschaukelung der gesellschaftlichen Gewalttoleranz.

Als Gegengewicht muß allerdings auch im Auge behalten werden, daß von offensichtlicher Gewalt freie Medien nicht unbedingt Zeichen einer gewaltfreien Gesellschaft sind. Die strukturelle Gewalt der Meinungen, Verordnungen und Regulationen stellt eine zwar verborgene, aber nicht minder große Macht dar. Es gab schließlich bereits zwei nationale Filmindustrien, deren bewußt „saubere“ Produkte – bei aller nicht zu vernachlässigender Unterschiede – den Ansprüchen vieler heutiger Gewalt- und Sexkritiker genügt hätten. Es waren die Filme des nationalsozialistischen Deutschland und der stalinistischen UdSSR. ■



Literatur:

- Jerslev, Anne: *Violence and the body in contemporary action and horror films*. In: Young, Nov. 96, S. 39-53
- Jung, Artur: *Action Fighters*. Hamburg 1991
- Keough, Peter (Hg.): *Flesh and Blood. The National Society of Film Critics on Sex, Violence, and Censorship*. San Francisco 1995
- Rathmayr, Bernhard: *Die Rückkehr der Gewalt. Faszination und Wirkung medialer Gewaltdarstellung*. Wiesbaden 1996
- Schatz, Stefan: *Gewalt im TV*. In: TV Media, Nr. 22, 1997, S. 10-14
- Scherer, Brigitte: *Xena. Die schlagkräftige Fantasy-Heldin*. In: Space View, 1/97, S. 20-23
- Stresau, Norbert: *Der Horror-Film*. München 1987
- Vitouch, Peter: *Fernsehen und Angstbewältigung*. Opladen 1993
- Zinnow, Pirko Kristin: *Zum Frühstück ein Zombie am Glockenseil. Gewalt in den amerikanischen Medien*. In: Joas, Hans; Knöbl, Wolfgang (Hg.): *Gewalt in den USA*. Frankfurt 1994, S. 222-242

Neue Schikane gegen Zivildienner

Zivildienstberatung
jeden Montag
ab 18⁰⁰ Uhr
in der Bürogemeinschaft
1010 Wien,
Schottengasse 3a/1/4/59



Auf Initiative von ÖVP und FPÖ soll das Zivildienstgesetz geändert werden: Abschaffung des Grundlehrganges, kein Recht auf Zuweisung binnen Jahresfrist, die Halbierung der Vergütung und der Zivildienner, Zuweisungen nur mehr zu Rettungswesen, Sozial- und Behindertenhilfe sowie Katastrophenhilfe.

Die Bundesregierung missbraucht die Initiativrechte der Abgeordneten, um ihre Exekutivinteressen durchzusetzen. Der Budgetausschuss, in dem der Entwurf für die Novelle beschlossen wurde, hat normalerweise keine Experten für Zivildienstrecht als Mitglieder. Die Handschrift der Novelle zeigt eindeutig, dass es sich um einen Beamtenentwurf handelt. Wir fordern daher ein übliches Gesetzgebungsverfahren für die Exekutivinteressen der Regierung mit einem normalen Begutachtungsverfahren, die Zuweisung an den Innenausschuss durch das Parlament und die Einladung zur Begutachtung an die Träger-, Zivildienner- und Jugendorganisationen.

Staatlicher Zwangsdienst gefährdet Existenz

Von allen unseren Beratern wird uns mitgeteilt, daß die geplante überfallsartige Änderung des Zivildienstgesetzes massive Verunsicherung unter den Zivildienstpflichtigen auslöst. Zivildienstpflichtigen und Trägerorga-

nisationen soll das Recht auf Zuweisung genommen werden (§10/1 und §10/2 ZDG-Novelle 2000). Diese Regelung ist ein besonderer Zynismus, da gleichzeitig das Recht auf Aufschub aus Gründen der Berufsausbildung sehr regide ausgelegt wird. Dem Zivildienstpflichtigen wird daher die Lebensplanung verunmöglicht, da er nicht wissen kann, wann er seinen Zwangsdienst leisten muss. Gleichzeitig besteht die große Unsicherheit, eine bereits begonnene Ausbildung abschließen zu können. Darüber hinaus ist ein Übertritt ins Berufsleben fast unmöglich (abgeschlossener Präsenz- bzw. Zivildienst als Voraussetzung!).

Die ersatzlose Streichung des Verpflegungsentgelts wird zur Verarmung der Zivildienner führen. Derzeit erhält der Zivildienner öS 2.358,- Pauschalvergütung plus öS 155,- pro Tag Verpflegungsentgelt. Die Novelle sieht lediglich eine Pauschalvergütung von öS 3.648,- vor. Dem Zivildienner soll praktisch die Hälfte seines Entgeltes genommen werden. Nach der bereits 1992 gestrichenen Vergütung von Wasch- und Putzgeld und der strengen Auslegung der Wohnkostenbeihilfe, wird den Zivildiennern ein großer Teil ihres Einkommens entzogen. Die Botschaft ist eindeutig – wer sich den Zivildienst nicht leisten kann, muss zum Bundesheer.

Der Sparwille der Regierung dient nur als Vorwand, die zivilen Teile der Gesellschaft zu schwächen. Die Indizien sind eindeutig. Gemeinnützige Vereine sollen durch den Wegfall des begünstigten Posttarifs finanziell ruiniert werden. Kleinen Organisationen, die einen Teil ihrer Dienstleistungen über Zivildienner aufrecht erhalten konnten, werden nun diese personellen Ressourcen entzogen.

Wenn die Regierung das Budget ernsthaft sanieren wollte, müsste sie Schulden bei den Reichen eintreiben, anstatt Steuerhinterzieher zu amnestieren. Sie könnte aber auch die enormen Kosten des Grenzeinsatzes des Bundesheers einsparen. Tatsache ist, dass sich die Regierung für das Sparen bei den Schwachen in der Gesellschaft entschieden hat.

Die ARGE für Wehrdienstverweigerung und Gewaltfreiheit fordert:

- Verkürzung des Zivildienstes auf 8 Monate
- Finanzielle Gleichstellung von Wehr- und Zivildiennern
- Beihilfe für den benötigten Wohnraum an alle Zwangsdienner (Wehr- und Zivildienner).
- Rechtssicherheit auf Aufschub aus Gründen der Berufsausbildung
- Das Recht auf Zuweisung zu allen Dienstleistungsbereichen auf Antrag des Zivildienstpflichtigen

Kontakt und Info über Protestaktionen und die Aktionswoche ab 8. Mai 2000:

argewdv@utanet.at;
www.zivildienst.at;
zd-haidlmayr@gruene.at

Was uns die Geschichte lehrt...

Elan Steinberg, Exekutivdirektor des World Jewish Congress, ist ein besonnener Mensch, nachzulesen in einem längeren Interview in der Presse vom 15. April. Die Besonnenheit der Presse wiederum erhellt ein dem Interview beigelegter Kasten mit dem Titel „Der Jüdische Weltkongreß“. Zunächst erfahren die LeserInnen, der WJC sei in Österreich „allgemein ‚bekannt‘“, und zwar durch die Veröffentlichung von „angeblich belastende(n) Dokumente(n)“ über Waldheim. Entgegen dem „hochtrabenden Namen“ sei er „keine Vertretung der Juden in aller Welt.“ Dafür sei der WJC „erfolglos“, weiß nicht nur die Presse, sondern „hat die Geschichte gelehrt“: Ge-

lang es dem Kongreß, obgleich „1936 in Genf gegründet“, doch nicht, die Shoah zu verhindern. Schließlich hat der WJC auch noch einen Präsidenten. Edgar Bronfman ist zwar hierzulande nicht weniger „bekannt“ als der Kongreß selbst, aber festgehalten sei doch, daß er „Geschäftsmann“ ist. Sie verstehen? Nein? Müssen wir deutlicher werden? „Spirituosen, Immobilien.“ Ach ja, ein Spekulant, eh klar.

Der Antisemitismus der Presse mag subtiler sein als der der Kronenzeitung, subtil ist er nicht. Und er ist gewiß nur ein Vorgeschmack auf das, was in den nächsten Wochen und Monaten, Ed Fagan sei Dank, landauf landab wird lesen und hören können, wer

zu lesen und zu hören noch gewillt ist – wohlgemerkt weniger von Haider oder der FPÖ, denn von Kanzler, ÖVP oder Regierungsbeauftragten: Da habe er sich aber geschnitten, so die mit einer möglichst gering zu haltenden Entschädigung von Zwangsarbeitern befaßte Schaumayer diesfalls in der Kronenzeitung (16. April), „wenn er geglaubt hat, wir fürchten uns alle zu Tode“ vor dem jüdischen Anwalt. Das hat uns „die Geschichte gelehrt“, daß wir Österreicher uns nicht zu Tode fürchten müssen, und da „lassen wir uns“ ganz bestimmt „nicht von Herrn Fagan und seinen mutwilligen Aktionen abhalten, den armen betagten Zwangsarbeitern eine bescheidene humanitäre

Geste zuzuwenden und so Rechtsfrieden zu erlangen.“ Und wo „Rechtsfrieden für österreichische Firmen herbeigeführt wird“, ist für „Bereicherung der Anwälte“ kein Platz. Das „könne nur dazu dienen, den armen Menschen, also den Zwangsarbeitern, das Geld vorzuenthalten.“ Wieviel die Anwälte den „armen Menschen“ vorenthalten, hat die Presse bereits auf den Dollar genau ausgerechnet: „Insgesamt sind über 6300 Stunden zu je 259 Dollar kalkuliert worden. Damit nicht genug, vor Gericht wurden die Stundensätze verdreifacht.“ Multiplizieren sie selbst. Solch einen Reibach müssen Sie mit „Immobilien, Spirituosen“ erst einmal machen. „Das wäre unser Staatsbankrott!“ Aber nicht mit uns. Dagegen wissen wir uns zu wehren – wie „die Geschichte gelehrt hat.“

MARKUS KEMMERLING

Armeeabschaffungswein

Preis pro Flasche/für Mitglieder der ARGE oder ab 12 Flaschen

Weinbau Walter Zehetmayer, Feuersbrunn, NÖ

- ___ Flaschen WEINVELTLINER Grüner Veltliner, trocken, Qualitätswein gerebelt 55,-/45,-
- ___ Flaschen WEINZWEIGELT Zweigelt, trocken, Qualitätswein gerebelt 55,-/45,-

Weinbau Walter und Gabriele Mühlegger, Soss, NÖ, Ernte für das Leben

- ___ Flaschen WEINCHARDON Chardonnay, trocken, fruchtig 100,-/90,-
- ___ Flaschen WEINRIESLING Riesling-Sylvaner, unkomplizierter, leichter Weißwein 95,-/85,-
- ___ Flaschen WEINPINOTNOIR Pinot Noir, kräftiger, säurebetonter Rotwein 100,-/90,-
- ___ Flaschen WEINBLAUER Blauer Portugieser, milder, samtiger Rotwein 95,-/85,-
- ___ Flaschen WEINSTEFANIE Cuvée Stefanie, Qualitätssekt aus Welschriesling und Grünem Veltliner 200,-/190,-
- ___ Flaschen WEINROSE Cuvée Rosé, Qualitätssekt, Grundlage Blauer Portugieser 200,-/190,-
- ___ Flaschen WEINGLÖGER Glögerbrand, Destillat aus Hefe und Fruchtanteilen nach der Gärung 210,-/195,-

Plaimont Producteurs, St. Mont, Frankreich

- ___ Flaschen WEINPLAIMONT Plaimont Sélection, fruchtiges, unkompliziertes Rotwein-Cuvée 90,-/85,-

Bei Versand: zuzüglich 20% Versandkosten

T-Shirts, Präserlⁿ, Feuerzeuge, Anstecker

Einzelpreis

- ___ Stück TSHIRTASYL XL T-Shirt „Asyl für Deserteure“, XL 120,-
- ___ Stück TSHIRTASYL XXL T-Shirt „Asyl für Deserteure“, XXL 120,-
- ___ Pkg. PRÄSERL Präserl „Keine Soldaten für das Bundesheer“, 2 Stück 20,-
- ___ Stück FEUERZEUG Feuerzeug „Bundesheer abschaffen“ 20,-
- ___ Stück ANSTECKER Anstecker „Zerbrochenes Gewehr“ 25,-

☐ Ich interessiere mich für die **Friedenssteuer** – senden Sie mir den Faltprospekt mit näheren Informationen zu!

Das Abo-Geschenk

NeuabonnentInnen erhalten – so lange der Vorrat reicht – eines der beiden nachstehenden Bücher. Rasch bestellen und Geschenkwunsch ankreuzen!



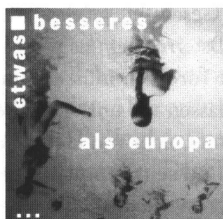
Ernst Lohoff: **Der Dritte Weg in den Bürgerkrieg** Jugoslawien und das Ende der nachholenden Modernisierung



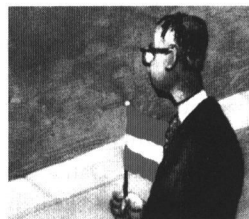
Wolfgang Purtscheller (Hg.): **Die Rechte in Bewegung** Seilschaften und Vernetzungen der „Neuen Rechten“



Aktuell: T-Shirts „Kein Mensch ist illegal“



Fast neu: CD „Etwas besseres als Europa“
total time 1:16:03



Dauerbrenner: Ratgeber Wehrdienstverweigerung

Die Abo-Bedingungen

Das **Context XXI**-Abonnement kann jederzeit schriftlich bestellt werden und beginnt mit der nächsterreichbaren Ausgabe. Das Abonnement gilt für den Rest des laufenden Jahrganges und für den darauffolgenden Jahrgang. Früher erschienene Hefte können – falls noch lieferbar – einzeln bestellt werden (Bestellschein unten). Das Abonnement gilt als um ein weiteres Jahr (8 Ausgaben) verlängert, wenn es nicht bis spätestens 15. Dezember schriftlich gekündigt wird. Die Kündigung ist nur zum Ende eines Jahrganges möglich. Das Abonnement ist gegen Rechnung im voraus zahlbar.

Das Probeabo: Sie erhalten die nächsten drei Ausgaben gratis zugesandt. Danach werden wir uns wieder an Sie wenden und Sie zu einer Fortsetzung des Bezugs im Normalabo einladen.

Preise:

Österreich: 250,- ATS
Ausland: 350,- ATS
Übersee: 450,- ATS
Förderabo: 700,- ATS

Bestellschein bitte senden (faxen) an: Bureau No.2, Schottengasse 3a/1/4/59, A-1010 Wien, Fax: ++43-1/532 74 16

Die Abo-Bestellung

Ich bestelle hiemit ein

- ☐ Abonnement
☐ Förderabonnement
☐ Probeabonnement

der Zeitschrift **Context XXI**

ab der nächsterreichbaren Ausgabe.

Als Abo-Geschenk

wähle ich folgendes Buch:

- ☐ Purtscheller: **Die Rechte in Bewegung**
☐ Lohoff: **Der Dritte Weg in den Bürgerkrieg**

Die Mediadaten

- ☐ Ich bin eventuell an einer Einschaltung in der Zeitschrift und/oder in der Internet-Ausgabe von **Context XXI** interessiert. Senden Sie mir bitte Mediadaten und Terminplan.
☐ und kontaktieren Sie mich telefonisch unter der Nummer:

Einzelhefte, Broschüren, T-Shirts, CDs ...

Einzelpreis

___ Stück	ZOOM0000	ZOOM-Heft(e) Nr.	35,-
___ Stück	CON0000	Context XXI-Heft(e) Nr.	35,-
___ Stück	ZOOM97045	Broschüre: Ratgeber Wehrdienstverweigerung – Zivildienst u.a.	50,-
___ Stück	ZOOM98067	Broschüre: Europa 2001 – Odyssee im Weltmarkt	70,-
___ Stück	ZOOM96045	Broschüre: Es muß nicht immer GLADIO sein – Attentate, Waffenlager, Erinnerungslücken ..	70,-
___ Stück	ZOOM97012	Broschüre: ImmerWEHREnd – NATO-Integration, Neutralitätsbrüche, Militarisierung	70,-
___ Stück	CDEUROPA	CD: Etwas besseres als Europa	80,-
___ Stück	TSHIRTKEIN SK	T-Shirt Kein Mensch ist illegal, schwarz, Aufdruck klein ☐ L ☐ XL	120,-
___ VERGRIFFEN		T-Shirt Kein Mensch ist illegal, schwarz, Aufdruck groß	120,-
___ Stück	TSHIRTKEIN BK	T-Shirt Kein Mensch ist illegal, blau, Aufdruck klein, Größe XL	120,-
___ VERGRIFFEN		T-Shirt Kein Mensch ist illegal, blau, Aufdruck groß, Größe XL	120,-

Besteller/in:

Datum:

Zivildienst ade?

Podiumsgespräch mit

Peter Steyrer

(Grüner Klub im Parlament)

Georg Zwinger

(Bewährungshilfe Salzburg)

Alexander Neunherz

(Plattform für Zivildienner)

Moderation:

Hans-Peter Graß

(Friedensbüro Salzburg)

am Freitag, 26. Mai, 19³⁰ Uhr

im Kulturgelände Nonntal,
Mühlbacherhofweg 5, 5020 Salzburg

Dem Zivildienst geht es an den Kragen. Betroffene gibt es genug: Die Zivildienner, die in Zukunft von 43,- S am Tag leben sollen und deren ohnehin unzulängliche Ausbildung nicht etwa verbessert, sondern einfach abgeschafft werden soll; die Zivildienststeinrichtungen, die entweder völlig gestrichen oder personell gekürzt werden sollen und dafür auch noch um einiges mehr zahlen müßten als bisher. Und nicht zuletzt die österreichische Sicherheitspolitik, die dadurch nicht nur einen Schritt hin zu einem Berufsheer, sondern auch zu einer zunehmenden Militarisierung der Gesellschaft getan hat.

Context XXI

im Buchhandel:

Die Zeitschrift ist in folgenden,
gut sortierten Buchhandlungen erhältlich:

Wien:

Bücher-Zentrum Wipplingerstraße

Infoladen 10

Monte Verità

Kolisch

Winter

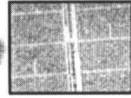
Zentralbuchhandlung

Berlin:

Argument

Schwarze Risse

Nur tote Fische kommen in die
Zeitung, wilde Fische fliegen



*Antinationales & linksradikales
Sommercamp 22. 7. bis 6. 8. 00*

www.junge-linke.de =
pf 910429 = 30424 hannover

„Vergangenheitsbewältigung“

24. bis 26. März

**Seminare
gegen
Kapital &
Nation**

Was ist Ideologie?

7. bis 9. April

Deutsche Kriegspolitik

5. bis 7. Mai

Das Leben lebt nicht

19. bis 21. Mai

Marx ist tot – Na und?

9. bis 12. Juni

Kuba – Alptraum? Hoffnung?

7. bis 9. Juli 2000

www.junge-linke.de

= pf 910429 = 30424 hannover

WIDERSPRUCH

Beiträge zur
sozialistischen Politik

38

Globalisierung und Widerstand

Freihandel, Weltwirtschaft und Peripherie; Finanzmärkte und Tobin-Steuer; Globalisierung, Migration und Frauen; Ende des Nationalstaates? Standortnationalismus, Exportwirtschaft und Binnenmarkt; Pharmaindustrie und Gewerkschaften; Agrokonzerne und Patente auf Leben

Ch. Scherrer, R. Falk, J. Bischoff, F. Chesnais,
E. Altvater, B. Mahnkopf, B. Young, M. Krätke,
Ch. Butterwegge, W. Brüggemann, E. Peine, H. Schäppi,
F. Koechlin

Diskussion: Schuldenkampagne

D. Keet: Jubilee 2000 und der Süden
G. Ochsner: Schuldendebatte und Menschenrechte
M. Madörin: Schuldenstreichung und Legitimität
B. Unmüßig: Weltbank, IWF und Armutsbekämpfung
D. Drüssel: Entschuldungspolitik und die NGO
U. Brand: Global Governance – Weltordnungspolitik?

Marginalien / Rezensionen / Zeitschriftenschau

228 Seiten, Fr./DM 21.- (Abonnement 36.-/38.-) zu beziehen
im Buchhandel oder bei

WIDERSPRUCH, Postfach, CH-8026 Zürich

Tel./Fax 01 - 273 03 02

vertrieb@widerspruch.ch www.widerspruch.ch

Context XXI

Was die Bundesregierung von Ihnen und uns hält: z.B. Postzeitungsversand

Sehr geschätzte Leserin, sehr geschätzter Leser!

Wir hoffen, unsere Zeitschrift erfreut sich Ihrer Wertschätzung ebenso wie Sie sich unserer Wertschätzung als gesellschaftlich regsame und interessierte Leserinnen und Leser gewiß sein können. Die gegenwärtige Bundesregierung begegnet uns allen mit einer Geringerschätzung, die die der vormaligen Bundesregierung noch um einiges übertrifft. Recht eigentlich ist „Geringerschätzung“ eine Beschönigung. Seitens eines ÖVP-Klubobmanns Khol wurde Ihnen und uns schon vor Jahren die offene Gegnerschaft erklärt – über die Diffamierung, wirtschaftliche Schädigung und Verfolgungs-Vorbereitung, die von der ÖVP seit Jahren in Sachen Publizistikförderung betrieben wird, haben wir ja berichtet.

Wie auch in Sachen Zivildienst und an allen möglichen anderen Ecken und Enden geht es jetzt auch bei den Medien ans Eingemachte: Die Regierung nahm in den vergangenen Wochen einen Anlauf zur generellen Abschaffung des Postzeitungsversandes. Herr Khol hat in einem Interview angedroht, statt des generell begünstigten Tarifs für Zeitungen hinterherum einzelne Vereine/Zeitschriften mit Direktförderungen schadlos halten zu wollen und dabei die „Böcke“ von den „Schafen“ zu trennen. Aus den vergangenen Jahren kennen wir bereits der dunklen Rede finsternen Sinn. Khol und seine neuen Koalitionsfreunde wollen uns als OrganisatorInnen von womöglich kritischen Öffentlichkeiten und Sie als TeilnehmerInnen an Öffentlichkeiten los werden. So einfach ist das.

So einfach wollen wir es ihnen aber nicht machen. Die Budgetbegleitgesetze, mit denen unter anderem der Postzeitungsversand abgeschafft werden soll, werden am Tag der Drucklegung dieser Zeitschrift im Plenum des Nationalrates behandelt. Der Ausgang ist ungewiß – zuletzt war die Rede davon, den Postzeitungsversand bis Ende 2001 doch im Prinzip beizubehalten und *lediglich* die Tarife zu erhöhen.

Bei einer gänzlichen Streichung des Postzeitungstarifs wäre nach kolportierten Aussagen mit einer Erhöhung des Posttarifs pro Heft auf bis zu 6,- ATS zu rechnen – das würde sich für **Context XXI** mit einer Erhöhung der Abo-Preise um etwa 40,- ATS auswirken.

Wir wissen noch nicht, wie sich diese Angelegenheit bis zum Versand dieses Heftes noch entwickeln wird, aber wir sehen es als unsere Verpflichtung an, Sie auf den „worst case“ vorzubereiten. Auch wenn es in diesem Anlauf im Plenum des Nationalrates nicht ganz so dick beschlossen werden sollte wir zuvor schon im Budgetausschuß: Mit weiteren Anläufen ist zu rechnen!

Die Bundesregierung will uns ruhig stellen. Eine Ruhe soll sie aber nicht haben. Wir laden Sie deshalb ein, den PolitikerInnen selbst mitzuteilen, was Sie von deren Haltung Ihnen als LeserInnen gegenüber halten. Dafür einige sachdienliche Hinweise:

Bundeskanzler Dr. Wolfgang Schüssel
Ballhausplatz 2
1014 Wien
e-Mail: wolfgang.schuessel@bka.gv.at

Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie Dipl.-Ing. Michael Schmid
Radetzkystraße 2
1030 Wien
Telefon 01/71 162-8001

Klubs der FPÖ, ÖVP, SPÖ, Grünen im Parlament
Parlament
1017 Wien

Freie Meinung braucht Freie Medien!
Dazu erhalten Sie demnächst eine Aussendung von uns.